



Abfallwirtschaft
LANDKREIS BÖBLINGEN

Für Sie im Einsatz.

Anlage 3 zu
Kreistagsdrucksache
Nr. 111/2026

Entwurf

Wirtschaftsplan

2027

Abfallwirtschaftsbetrieb



APP- SOLUTELY

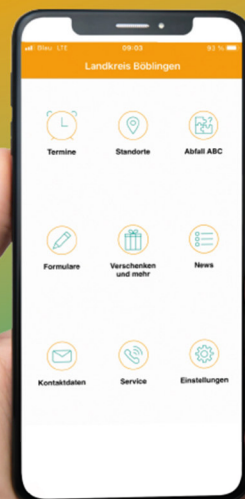
absolutely [adv]: absolut, gänzlich, vollkommen



Abfallwirtschaft
LANDKREIS BÖBLINGEN

Hol' Dir unsere Abfall-App.

- Abfuhrtermine mit Erinnerungsfunktion
- Abfall-ABC
- Wertstoffhöfe mit Öffnungszeiten
- Kundenportal
- Verschenken-und-mehr-Markt
- immer aktuell und griffbereit



www.awb-bb.de/app

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

des Landkreises Böblingen

WIRTSCHAFTSPLAN 2027

Aufgrund von § 5 Abs. 1 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Böblingen vom 25. November 1991 in der Fassung vom 01. April 2020 und § 14 des Eigenbetriebsgesetzes beschließt der Kreistag des Landkreises Böblingen für das Wirtschaftsjahr 2027 folgenden Wirtschaftsplan:

Für das Wirtschaftsjahr 2027 wird festgesetzt:

1. Im Erfolgsplan

Erträge in Höhe von	75.927.700 EURO
Aufwendungen in Höhe von	75.127.700 EURO
somit veranschlagtes Jahresergebnis von	800.000 EURO

2. Im Liquiditätsplan

Einzahlungen aus lfd. Geschäftstätigkeit von	71.334.000 EURO
Auszahlungen aus lfd. Geschäftstätigkeit von	66.054.400 EURO
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Geschäftstätigkeit	5.279.600 EURO

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.044.296 EURO
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	13.694.000 EURO
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-12.649.704 EURO

veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-7.370.104 EURO
---	------------------------

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	9.000.000 EURO
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	405.000 EURO
veranschl. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	8.595.000 EURO

Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands	1.224.896 EURO
---	-----------------------

3 a) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen	9.000.000 EURO
---	-----------------------

3 b) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	0 EURO
---	---------------

4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von	10.000.000 EURO
--	------------------------

Böblingen, den 14.12.2026

Wuttke
Erster Werkleiter

V O R B E R I C H T

zum

Wirtschaftsplan 2027

des Abfallwirtschaftsbetriebs

1. Vorbemerkungen

- 1.1. Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen (AWB) wurde zum 01.01.1992 als Eigenbetrieb des Landkreises Böblingen gegründet. Der Kreistag hat am 25.11.1991 die hierzu erforderliche Betriebssatzung beschlossen.
- 1.2. Der Zweck des Eigenbetriebes sind die Entsorgung, Wiederverwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Böblingen sowie der Betrieb der dazu erforderlichen Anlagen.
- 1.3. Die Rechtsverhältnisse des AWB werden durch das Eigenbetriebsgesetz (EigBG), die Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) und durch die Betriebssatzung geregelt.
- 1.4. Zum AWB gehört die 100%-ige Tochter „Naturstrom Landkreis Böblingen GmbH“. Die Beteiligungen des Landkreises Böblingen am Zweckverband RBB, an der Kompostwerk Kirchheim u. T. GmbH und der Bioabfallverwertung GmbH Leonberg (seit 05.06.2019) werden in der Bilanz des Eigenbetriebs geführt.

2. Nachhaltigkeit

Eine nachhaltige Abfallwirtschaft hat das Ziel, natürliche Ressourcen zu schonen und Abfälle umweltverträglich zu bewirtschaften. Leitziele sind die nachhaltige Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie die Ressourceneffizienz. Die Nachhaltigkeitsziele des AWB sind Teil der Nachhaltigkeitsstrategie, die der Landkreis Böblingen entwickelt hat und die sich ebenfalls an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen orientiert.

Handlungsfeld 1

NACHHALTIGKEIT IN DER VERWALTUNG



2030 fördert der Abfallwirtschaftsbetrieb die Durchsetzung nachhaltiger Wertschöpfungsketten.

Der Anteil nachhaltiger Beschaffungsverfahren mit sozialen und umweltbezogenen Aspekten beträgt **80 %**.

Handlungsfeld 2

GLOBALE VERANTWORTUNG



Der Abfallwirtschaftsbetrieb setzt seine Projektpartnerschaft mit der tunesischen Stadt El Guettar fort. Die Kompostierungsanlage, die mit Förderung durch die SKEW Ende 2025 fertig gestellt wurde, ist in Betrieb gegangen. Weitere Unterstützung soll im Bereich Erneuerbarer Energien (PV-Anlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden), der Implementierung einer lokalen Fachkraft sowie der Durchführung eines Clean-up-Days erfolgen.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb engagiert sich für nachhaltigen Konsum vor allem durch Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft. Abfallvermeidung ist auch Bestandteil des 2025 beschlossenen fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzepts. Jedem Kreisbürger sind die Bedeutung des Begriffs „Abfallvermeidung“ und die dazugehörigen Maßnahmen bewusst.

Abfallvermeidung steht an erster Stelle der Abfallhierarchie, der AWB führt seit Bestehen vielfältige Maßnahmen durch, die der Vermeidung von Abfällen dienen (Sensibilisierungsmaßnahmen, Abfallberatung, Geschirrmobile, Plattformen für Verschenken und Mehr, Einführung eines Pfandbechers für Coffee-To-Go, Unterstützung von Fairteilern zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen, Verschenk-Häusle auf verschiedenen Wertstoffhöfen, ReUse-Kampagnen, Runde Tische mit der Gastronomie zum Thema „Mehrweg“, Kleider-Tausch-Börsen sowie Vernetzung mit Repair-Cafés). Das Abfallvermeidungskonzept, zuletzt 2022 fortgeschrieben, wird regelmäßig in 2027 unter Berücksichtigung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen (bspw. dem Recht auf Reparatur) sowie aktueller Entwicklungen im Landkreis um weitere Maßnahmen und Ideen ergänzt. Im Abfallwirtschaftskonzept 2025 sind die Ziele des Abfallwirtschaftsplanes des Landes, die Restmüllmengen bis 2030 deutlich zu senken und den Anteil von Wertstoffen im Restmüll zu verringern, verankert. Längerfristiges Ziel ist die Entwicklung zum „Zero-Waste-Landkreis“, d.h. weniger Abfälle produzieren und Rohstoffe schonen.

Handlungsfeld 3

KLIMASCHUTZ, ENERGIEWENDE UND ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL



Die neue Vergärungsanlage in Leonberg ist in Betrieb.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb setzt sich für eine hochwertige stoffliche Verwertung der von ihm eingesammelten Abfälle ein, alternativ werden Abfälle energetisch verwertet. Die Restabfälle werden im RMHKW verbrannt, dabei entstehen Strom und Fernwärme. Seit Jahren werden Bioabfälle hochwertig in Vergärungsanlagen verwertet („Kaskadenlösung“), aus Biogas werden Strom und Wärme, aus den Gärresten Kompost erzeugt. Rohbiogas aus der Vergärungsanlage wird zu Biomethan umgewandelt und in das Gasnetz eingespeist, kombiniert mit einer CO₂-Abscheidung. Deponiegase werden ebenfalls zur Stromerzeugung genutzt.

Die Naturstrom Landkreis Böblingen GmbH hat zum Unternehmensziel, den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Landkreis Böblingen voranzutreiben, indem sie als „gutes Beispiel“ vorangeht. So errichtete die Naturstrom GmbH mit der PV-Anlage auf der Deponie Böblingen die erste Freiflächen-Photovoltaikanlage im Landkreis. Mit Stand 01.10.2026 sind im Landkreis in der Zwischenzeit 32.372 Photovoltaikanlagen mit einer Netto-Nennleistung von 326.271 kWp im Marktstammdatenregister als aktive Anlagen hinterlegt. Die größte PV-Anlage hat dabei eine Netto-Nennleistung von 4.200 kWp. Der Ausbau der Photovoltaik ist somit im gesamten Landkreis angelaufen und wird vermutlich auch weiter erfolgen.

Gegenwärtig erfolgen politische Anpassungen an relevanten Gesetzen für den Ausbau und Betrieb von Erneuerbaren Energien, z. B. dem EEG oder verschiedenen Regelwerken der Bundesnetzagentur. Aufgrund dieser gesetzlichen Entwicklung ist gegenwärtig nicht abschätzbar, wie sich der weitere Ausbau von PV-Anlagen zukünftig umsetzen lässt. Durch den geplanten Wegfall einer festen Einspeisevergütung entstehen, insbesondere für reine Einspeiseanlage ohne Speichereinheit, hohe finanzielle Risiken. Für neue Projekte ist daher ein wirtschaftlicher Betrieb, insbesondere unter Berücksichtigung der Standortverfügbarkeiten und deren Rahmenbedingungen (z. B. Artenschutz, Waldumwandlung, etc.) für die Naturstrom GmbH, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht sicherzustellen. Nach Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen ist zu prüfen, ob mit einer Erweiterung der Geschäftsfelder, z. B. um das Thema (Zwischen-)Speicher, eine Wirtschaftlichkeit für neue Projekte erzielt werden kann. Bei den geplanten Projekten am Standort Deponie Malsheim oder der Erweiterung der PV-Anlage auf der Deponie Böblingen bestehen hohe Hürden durch den Artenschutz, welche mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden sind. Diese Projekte müssen daher, unter Berücksichtigung der vorgenannten Punkte, auf Umsetzbarkeit geprüft werden.

Parallel dazu endet in den kommenden Jahren bei den ersten Photovoltaikanlagen der EEG-Förderzeitraum. Für die betroffenen Anlagen ist rechtzeitig zu prüfen, ob und wie ein Weiterbetrieb umgesetzt werden kann. Grundsätzlich stehen folgende Optionen zur Verfügung:

- a) Weiterbetrieb durch die Naturstrom mit Einspeisung ins Stromnetz mit einer deutlich verminderten Einspeisevergütung
- b) Weiterbetrieb durch die Naturstrom und Verkauf des Stroms an einen Abnehmer
- c) Verkauf der Anlagen und Weiterbetrieb durch den Käufer
- d) Stilllegen und Abbau der Anlagen

Für jede der betroffenen Anlagen sind alle Optionen auf Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen und die entsprechenden Maßnahmen in die Wege zu leiten. Welche Option gewählt wird, hängt vom technischen Zustand der Anlagen sowie von der Verfügbarkeit von z. B. interessierten Käufern oder Stromabnehmern ab.

Die Oberflächenabdichtung der ehemaligen Kreismülldeponie Leonberg wird sukzessive bis in das Jahr 2029 fertiggestellt. Damit ist bei allen drei Deponien gewährleistet, dass keine klimaschädlichen Deponiegase austreten können.

Handlungsfeld 6

NACHHALTIGE MOBILITÄT



Der Fuhrpark des AWB ist auf umweltfreundlichere Antriebstechniken umgestellt.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb prüft seit einigen Jahren kontinuierlich den Einsatz alternativer Antriebe in verschiedenen Einsatzbereichen. Neben dem Fuhrpark betrifft dies aufgrund der technischen Entwicklung auch zunehmend weitere Nutzfahrzeuge wie Radlader oder Gabelstapler. Sofern die technische Reife dies zulässt, ist der Einsatz alternativer Antriebe gewünscht, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und fossile Brennstoffe und somit auch Kosten einzusparen. Die Entwicklung der Batterietechnik führt dazu, dass in vielen Bereichen der Einsatz von Elektro-Fahrzeugen realistisch wird. Mit einem verstärkten Einsatz von Elektro-Fahrzeugen stiege der Stromverbrauch an deren jeweiligen Einsatzorten deutlich an. Diesem erhöhten Bedarf an elektrischer Energie und deren gegenwärtig verhältnismäßig hohen Kosten steht eine (wirtschaftlich) gute Verfügbarkeit von Photovoltaik gegenüber. Deshalb wird in diesem Zuge der Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen zur Eigenstromerzeugung an verschiedenen Standorten des AWB angedacht bzw. geprüft. Aufgrund der jeweiligen Arbeitsabläufe ist parallel zu prüfen, ob tagsüber erzeugter Strom in einem Batteriespeicher zwischengespeichert wird, um die Fahrzeuge nach Betriebsschluss damit zu laden. Dies muss in enger Abstimmung bei der Planung / Beschaffung der Fahrzeuge erfolgen.

Im gesamten Fuhrpark setzt der AWB auf E- Antriebe. Denn nur der Einsatz von E- Antrieben unter Verwendung von Strom etwa aus Windkraft oder Photovoltaik führt zu einer nachweislichen Reduktion der Emissionen, da dann nicht nur nicht zuvor gebundenes CO₂ wieder freigesetzt, sondern gar kein CO₂ durch das Fahrzeug emittiert wird.

Bis aber für alle Einsatzbereiche auch im Schwerlastbereich geeignete Fahrzeuge und Motoren zur Verfügung stehen, werden als Übergangslösung gasbetriebene Motoren beschafft. Wo diese jedoch insbesondere wegen der zu geringen Motorleistung nicht geeignet sind, müssen auch weiterhin noch dieselbetriebene Lkw angeschafft werden. Die Entwicklung gasbetriebener Müllfahrzeuge und LKW mit vollelektrischem Antrieb wird weiterhin genau beobachtet. Sofern Fahrzeuge auf den Markt kommen, die die für die Abfallsammlung im Landkreis erforderliche Leistungsfähigkeit besitzen, wird der Abfallwirtschaftsbetrieb prüfen, ob der Einsatz weiterer vollelektrischer Müllfahrzeuge wirtschaftlich ist.

Aktuell ist ein vollelektrisches Müllfahrzeug im Einsatz, ein zweites wurde 2024 geliefert, die Grüngutverwertung erhielt 2024 ebenfalls einen vollelektrischen LKW für den Transport von Häckselmaterial. Die Containerstandortreinigung ist komplett mit vollelektrischen Transportern mit Kippfunktion ausgestattet. Im Jahr 2026 wurde ein neuer Elektro-PKW für die Werkstatt angeschafft, dazu ein Elektro-Transporter-Kastenwagen für die Behälterbewirtschaftung, ein weiteren Elektro-LKW wird noch in 2026 als Kastenwagen für die Altkleidersammlung geliefert. Auch für den Fahrzeugpool der Verwaltung sollen zwei Ersatzbeschaffungen mit E-Antrieb erfolgen. In 2027 ist noch ein weiterer Elektro-Transporter sowie die Erweiterung der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge auf dem Gelände des Betriebshofes geplant.

In 2026 hat der Abfallwirtschaftsbetrieb seine betriebseigenen Tankstellen für die Verwendung des biogenen Kraftstoffes HVO 100 umgerüstet und beschafft statt fossilem Diesel den Kraftstoff HVO 100 für diese Tankstellen. Bei der Beschaffung wird darauf geachtet, dass das gelieferte Produkt nach der Erneuerbare-Energie-Richtlinie der Europäischen Union (RED II) zertifiziert ist und den Anforderungen der deutschen Biokraftstoff- Nachhaltigkeitsverordnung des Bundes entspricht. HVO in Reinform hat ein CO₂-Emissionsminderungspotenzial von mehr als 90 Prozent. Dies bedeutet, dass bei der Produktion von HVO mehr als 90 Prozent an Treibhausgas-Emissionen gegenüber fossilem Dieselmotorkraftstoff eingespart wird. Das ist auf die Verwertung von biogenen Rest- und Abfallstoffen zurückzuführen.

3. Stellung zur Landkreisverwaltung

- 3.1 Der Eigenbetrieb ist keine eigenständige juristische Person, sondern rechtlich unselbständiges Sondervermögen des Landkreises Böblingen. Er kann nur Rechte und Verpflichtungen für den Landkreis Böblingen begründen.
- 3.2 Organisatorisch ist der Eigenbetrieb vollständig von der Landkreisverwaltung losgelöst. Verbindende Organe sind der Umwelt- und Verkehrsausschuss als Werksausschuss (UVA), der Kreistag und der Landrat.
- 3.3 Die Werkleitung leitet den Eigenbetrieb im Rahmen des Eigenbetriebsgesetzes und der Betriebssatzung eigenständig. Ihr obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. In Bereichen, in denen dies wirtschaftlich vorteilhaft

ist, wird die Landkreisverwaltung mit der Erfüllung der Aufgaben des Abfallwirtschaftsbetriebes beauftragt.

- 3.4 Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat nach dem Eigenbetriebsgesetz eine an kaufmännischen Gesichtspunkten orientierte Wirtschaftsführung. Dazu besteht eine eigenständige Finanzverwaltung mit einer vom Landkreis unabhängigen Wirtschaftsplanung und Buchführung. Seit 2001 ist die Buchhaltung auf das SAP R/3 – System umgestellt und orientiert sich seit 2023 an der neuen Eigenbetriebsverordnung (EigBVO-HGB).
- 3.5 Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat zur klareren Zuordnung der Kassenvorgänge eigene Girokonten eingerichtet. Diese werden zur einheitlichen Geldbewirtschaftung im Verbund mit Girokonten anderer Eigenbetriebe und des Landkreises geführt.

4. Wirtschaftsplan

4.1 Allgemeines

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen hat für jedes Jahr einen gesonderten Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus

- Erfolgsplan
- Liquiditätsplan mit Investitionsprogramm und
- Stellenübersicht.

Die fünfjährige Finanzplanung ist seit 2023 in den Erfolgsplan und den Liquiditätsplan integriert. Neben diesen Pflichtbestandteilen und Anlagen wird der Wirtschaftsplan durch informative Übersichten ergänzt. Der Erfolgsplan ist dem Eigenbetriebsrecht angepasst und seit 2023 entsprechend der Anlage 1 der neuen EigBVO-HGB gegliedert, da der AWB nach den Regelungen des Handelsgesetzbuches geführt wird. Der Liquiditätsplan ist nach dem Muster in der Anlage 2 zur EigBVO-HGB aufzustellen. Die geplanten Erträge und Aufwendungen sind in zwei Diagrammen dargestellt. Durch die Orientierung an der Erfolgsplanung sind die Erträge und Aufwendungen nicht ausgeglichen, sondern deren Differenz ist als Jahresergebnis ausgewiesen. Im Jahr 2027 wird ein Jahresüberschuss von 800.000 EUR geplant, der insgesamt zur Reduzierung des Verlustausgleiches der Vorjahre im Wirtschaftsplan eingestellt werden muss.

4.2 Kapitalausstattung

Dem Abfallwirtschaftsbetrieb wurde das gesamte Anlagevermögen aller abfallwirtschaftlichen Einrichtungen mit Buchwert zum 31.12.1991 von rund 32 Mio. DM übertragen. Im Gegenzug hat der Abfallwirtschaftsbetrieb vom Landkreis Kredite in Höhe von 20,6 Mio. DM, eine Grundstücksverbindlichkeit von 2,1 Mio. DM und Eigenkapital in Höhe von 9,7 Mio. DM übernommen, das später in ein tilgungsfreies Darlehen des Landkreises umgewandelt wurde. Dieses Darlehen wurde bereits zum 31.12.1994 vollständig getilgt.

Durch die konsequente Ansammlung der Rückstellungen für Nachsorgeaufwendungen (Stand 31.12.2009: 77,8 Mio. €) konnte der Abfallwirtschaftsbetrieb entsprechend einer Forderung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) alle Investitionen der vergangenen Jahre hiermit finanzieren und den Bestand der Darlehen zum Jahresende 2005 vollständig abbauen, seither ist er schuldenfrei. Außerdem verfügt der Eigenbetrieb Ende September 2026 über Kassenmittel von ca. 10 Mio. €. Der BVL GmbH wurde ein Kassenkredit von 3 Mio. € ausgegeben. Die Kassenmittel stehen durch die Einheitskasse dem Landkreis zur Verfügung, da er ansonsten in dieser Höhe einen weiteren Kassenkredit aufnehmen muss. Mit den Kassenmitteln müssen alle Zahlungen bestritten werden, die bis zum nächsten Geldeingang anfallen (wie z.B. die Raten für die Verbandsumlage RMHKW, Liefer- und Leistungsrechnungen oder Personalkosten).

4.3 Erfolgsplan

4.3.1 Allgemeines

Der Abfallwirtschaftsbetrieb unterhält zwei getrennte Betriebszweige: die Abfallentsorgung und -verwertung (AEV) und die Müllabfuhr. Innerhalb des Betriebszweiges AEV wird auch der Bereich Erddeponien geführt. Ebenso ist die Sammlung der Verkaufsverpackungen für die Dualen Systeme rein buchhalterisch getrennt, da diese als steuerpflichtiger BgA geführt werden muss, allerdings insgesamt im Betriebszweig AEV planerisch dargestellt wird. Als weitere BgA's werden die Elektroschrottvermarktung, die Erlöse aus der Oberflächenabdichtung der ehemaligen Kreismülldeponie Leonberg sowie die Personalgestellung an die Naturstrom Landkreis Böblingen GmbH, die Bioabfallverwertung GmbH Leonberg, die Biomethanverwertung GmbH Sindelfingen, den Zweckverband Schönbuchbahn und die Energieagentur geführt.

Die Aufwendungen des Abfallwirtschaftsbetriebes sind ausschließlich über selbst erwirtschaftete Erträge zu decken. Dafür stehen dem Eigenbetrieb folgende Ertragsarten zur Verfügung:

- Umsatzerlöse (Benutzungsgebühren, Ergebnisausgleiche, Verwaltungsgebühren, sonstige Erlöse, Verkaufserlöse, Erstattungen)
- sonstige betriebliche Erträge (Entnahme Rückstellungen, sonstige Erträge)
- Zinserträge

4.3.2 Umsatzerlöse

Die Benutzungsgebühren bilden die Haupteinnahmen des Abfallwirtschaftsbetriebes. Sie werden so kalkuliert, dass durch sie alle nicht durch sonstige Erlöse und Erträge gedeckten Aufwendungen finanziert werden können. Das Gebührensystem ist so ausgestaltet, dass eine weitgehend verursacherbezogene Zurechnung erfolgt. Es trägt neben abgabenrechtlichen Grundsätzen auch den Zielsetzungen der Kreislaufwirtschaft Rechnung, indem beispielsweise Anreize zur Abfallvermeidung gesetzt werden.

Ergebnisausgleiche sind Verrechnungsposten zum Ausgleich von Überschüssen aus Vorjahren. Gem. § 14 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz sind Überschüsse innerhalb von 5 Jahren nach Entstehung auszugleichen.

Die sonstigen Erlöse liegen mit rund 4,3 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres und setzen sich u.a. wie folgt zusammen:

- Erlöse aus der Papier- und Schrottvermarktung, aus der Verwertung von Alttextilien und sonstigen Wertstoffen
- Erlöse aus der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Pforzheim für die Übernahme von Haus- und Geschäftsmüll zur Verbrennung im RMHKW Böblingen auf das Kontingent des Landkreises
- Erlöse aus den Pachtverträgen mit der Firma FEMOS einschließlich der Erstattung der Nebenkosten für die vermieteten Einrichtungen
- Erlöse aus der Vermietung des Neubaus des Abfallwirtschaftsbetriebs (Gebäude D), der seit 01.10.2016 nach dem Auszug der AWB-Verwaltung vollständig von der Landkreisverwaltung genutzt wird. Da der Landkreis für die Mietkosten im Objekt Wolf-Hirth-Straße 33, Böblingen, in Höhe von rund 200.000 € aufkommt, bezahlt er im Gegenzug für die Nutzung der zusätzlichen Räumlichkeiten im Gebäude D keine Miete.

Im Erfolgsplan für den Betriebszweig Abfallentsorgung und -verwertung sind Erlöse der BgA (u.a. von den Betreibern der dualen Systeme) in Höhe von 9,04 Mio. € eingeplant. Bei der Mitbenutzung der Wertstoffhöfe zur Sammlung der Leichtverpackungen und der Mitbenutzung des Sammelsystems für Verpackungen aus Papier, Pappe und Kartonagen profitiert der Abfallwirtschaftsbetrieb seit 2022 von hohen Mitbenutzungsentgelten, die auf Grundlage der Bestimmungen des Verpackungsgesetzes kalkuliert und mit den dualen Systemen vereinbart werden konnten. Zudem unterliegen die Mitbenutzungsentgelte einer jährlichen Preisanpassung, so dass sie entsprechend der allgemeinen Preissteigerungen in der Abfallwirtschaft bei Personal, Fuhrpark und Treibstoffen regelmäßig nach oben angepasst werden. Die Sammlung, Erfassung und der Umschlag von Glas erfolgen weiterhin durch die eigene Müllabfuhr, die Glaserfassung wurde von den Dualen Systemen im Jahr 2025 wieder ausgeschrieben. Der Abfallwirtschaftsbetrieb Böblingen hat den Zuschlag erhalten und wurde von den Systemen erneut mit der Glaserfassung bis zum 31.12.2028 beauftragt.

Aus der Personalgestellung des AWB an die Naturstrom GmbH Landkreis Böblingen und die Bioabfallverwertung GmbH Leonberg und die Biomethanverwertung GmbH Sindelfingen sowie aus der Übernahme der Buchhaltung für den Zweckverband Schönbuchbahn und die Energieagentur mit eigenem Personal erfolgt jeweils eine Erstattung der Kosten durch diese Einrichtungen.

4.3.3 Sonstige betriebliche Erträge

Im Betriebszweig AEV ist wie in jedem Jahr eine Auflösung der Rückstellung für Nachsorgeaufwendungen in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen einschließlich der Afa für Nachsorgeinvestitionen der geschlossenen Deponien eingeplant (rund 2,2 Mio. €). Trotz der hohen Investitionen verringert sich die Entnahme aus den Rückstellungen aufgrund der Einnahmen aus der Anlieferung von Material bei der Oberflächenabdichtung in Leonberg. Aus dem Verkauf von 15% der Geschäftsanteile an der Kompostwerk Kirchheim GmbH werden rund 1 Mio. Euro eingenommen.

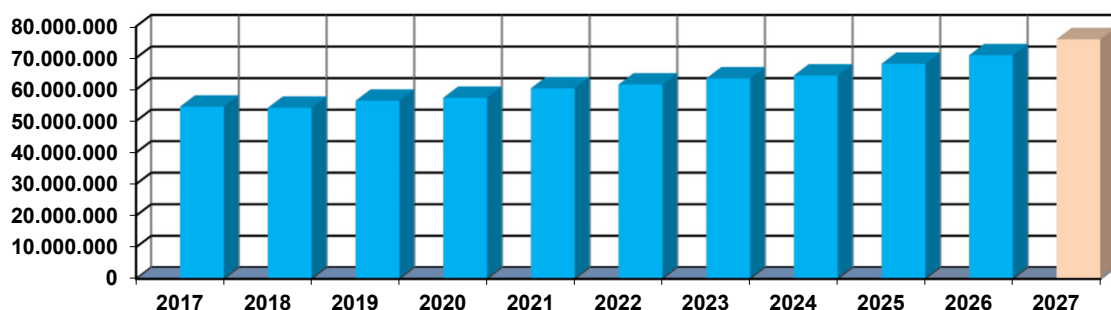
4.3.4 Zinserträge

Zinserträge sind 2027 in Höhe von 290.000 € aus Darlehen an die Naturstrom GmbH, die BVL GmbH Leonberg und aus dem Gesellschafterdarlehen an die Kompostwerk Kirchheim GmbH eingeplant. Zinserträge aus Geldanlagen fallen in 2027 nicht an, da dem Landkreis über die Einheitskasse das flüssige Geld zur Verfügung gestellt wird.

4.4 Geschäftsverlauf

4.4.1 Geplante Erträge und Aufwendungen (ohne Verrechnung)

geplante Erträge der Jahre 2017 – 2027 (in €)



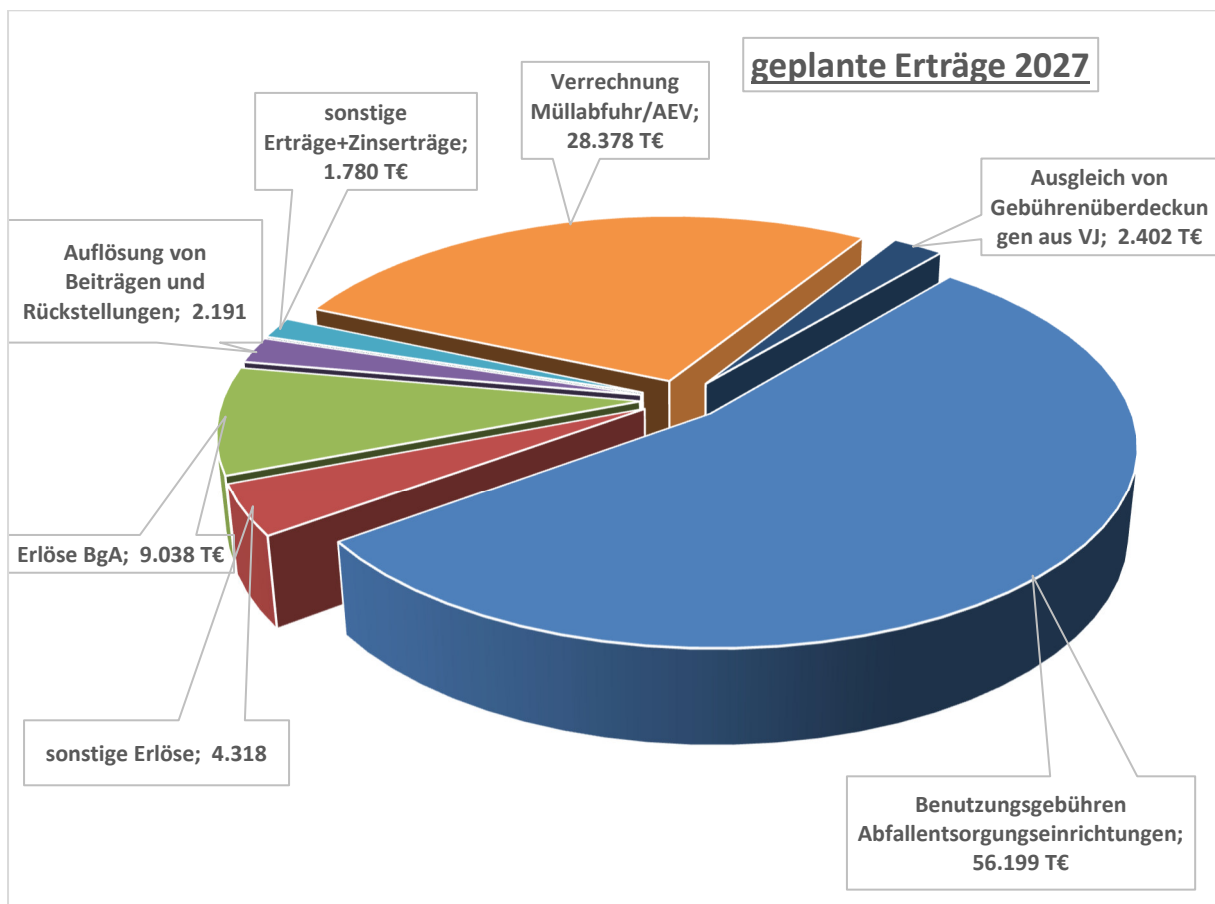
Die Kosten werden, soweit nicht andere Erträge vorhanden sind, durch Benutzungsgebühren gedeckt. Auch 2027 werden die Gebühren so kalkuliert, dass die Kosten zu 100 % gedeckt werden können. Das Gesamtvolumen der beiden Betriebszweige zusammen liegt bei **75,93 Mio. €**, somit um rund 5,08 Mio. € oder ca. 7,17 % höher als im Vorjahr (**Erläuterungen hierzu siehe unter Ziffer 4.4.2 und 4.4.3**). Davon entfallen auf die

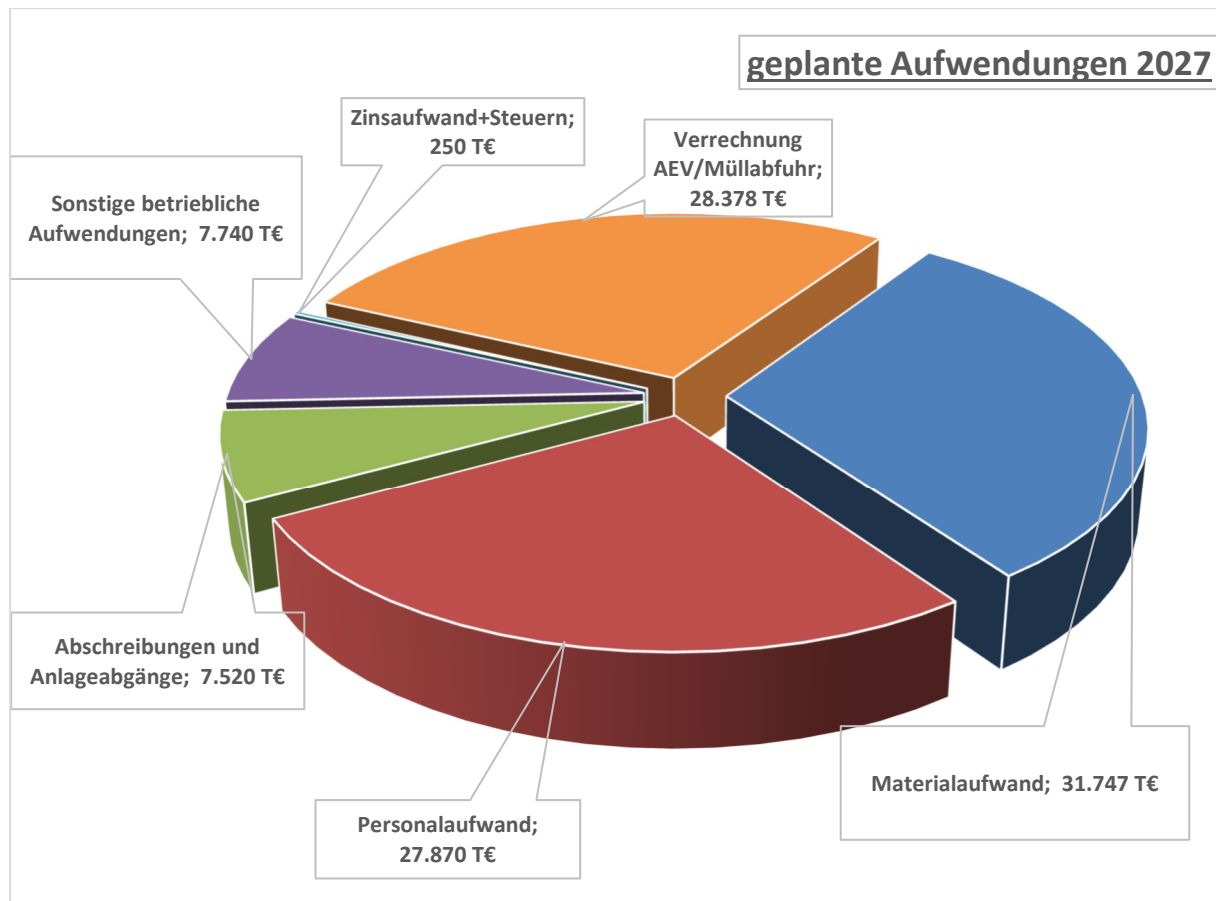
- | | |
|------------------------------------|---------------------|
| - Müllabfuhr | 21,97 Mio. € |
| - Abfallentsorgung und –verwertung | 53,96 Mio. € |

Ausgehend vom Ergebnis des Jahresabschlusses 2025, den zusätzlichen 6,01 Stellen gemäß Stellenübersicht und der Tarifierhöhung 2027 um rd. 2,0

% ab 01.01.2027, erhöht sich der Ansatz für die kalkulierten Personalaufwendungen des Abfallwirtschaftsbetriebs gegenüber dem Planansatz 2026 um rund 1,5 Mio. €. In den Aufwendungen werden auch die leistungsorientierte Bezahlung nach TVöD mit 2,0 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres für Tarifbeschäftigte, die Umlage für den kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg, Aufwendungen für voraussichtlich anfallende Überstunden sowie sonstige nicht geplante Leistungsentgelte berücksichtigt.

Die geplanten Erträge und Aufwendungen des Erfolgsplans 2027 setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:





4.4.2 Abfallentsorgung und -verwertung (AEV)

Das für den Landkreis Böblingen vorhandene Verbrennungskontingent im Restmüllheizkraftwerk Böblingen wird weiterhin durch zusätzliche Müllanlieferungen von außerhalb des Landkreises abgesichert. Für 2027 wird hierbei von einer Menge von 8.400 t ausgegangen. Die seit 2009 bestehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Pforzheim wurde zum 01.01.2024 auf eine fixe Menge von 6.500 Tonnen im Jahr angepasst, die seither auf das Kontingent des Landkreises Böblingen angeliefert werden.

Das Gesamtkontingent für die Verbandspartner beträgt 155.600 t, der Anteil von Böblingen liegt seit der Kontingentreduzierung zum 01.01.2025 bei 80.000 t.

Entsprechend der Beteiligungsquote des Landkreises Böblingen am Zweckverband RMHKW fallen im Jahr 2027 Gesamtkosten in Höhe von rund 14,16 Mio. € für die Müllverbrennung an. Für die Planung wird ein vom Zweckverband kalkulierter Verbrennungspreis auf der Basis der Auslegungsmenge von 155.600 Jahrestonnen in Höhe von 177 €/t angenommen. Die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen wurde ab dem 01.01.2024 in den Anwendungsbereich des nationalen Emissionshandels nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) einbezogen. Der CO₂-Preis erhöht die Verbrennungspreise für gemischte Siedlungsabfälle und wirkt sich damit auf die Gebühren aus.

Die Gesamtkosten für den Zweckverband RMHKW werden entsprechend der Anliefermenge durch die öffentliche Abfallabfuhr teilweise über die Verrechnung direkt dem Betriebszweig Müllabfuhr zugeordnet, für die Selbstanlieferungen Dritter jedoch beim Betriebszweig AEV eingeplant.

Die Aufwendungen für die Mülldeponien werden seit ihrer Schließung vollständig über die Entnahme aus der Rückstellung für Nachsorgekosten abgedeckt.

Die Gesamtaufwendungen für die AEV einschließlich der Erddeponien liegen 2027 um rund 2,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Eine Abdeckung der Gebührenfehlbeträge aus den Jahren 2023, 2024 und teilweise 2025 in Höhe von insgesamt 800.000 Euro wurde gemäß dem Kommunalabgabengesetz einkalkuliert.

Für die Erdentsorgung im Landkreis hat sich der Abfallwirtschaftsbetrieb bei den Steinbruchbetreibern Baresel, Ehningen, NSN GmbH & Co. KG, Magstadt, Schotterwerk Mayer, Mötzingen und Schäfer, Darmsheim Kontingente für unbelasteten Bodenaushub gesichert. In den vertraglichen Vereinbarungen sind Pacht- und Einbautentgelte festgelegt. Die kalkulierten Anliefermengen des Jahres 2027 für alle Steinbrüche liegen mit 28.500 t im Bereich der tatsächlich gelieferten Menge des Vorjahres.

4.4.3 Müllabfuhr

Seit 2009 ist der Landkreis im gesamten Kreisgebiet für die Organisation der öffentlichen Müllabfuhr zuständig. Für den Betriebszweig ergeben sich nach der Kalkulation für 2027 Aufwendungen von 21,97 Mio. €, sie liegen damit um 1,79 Mio. € über dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind neben höheren Personalaufwendungen auch die in 2027 durchzuführenden Softwareanpassungen.

Die Erhöhung der Aufwendungen in beiden Betriebszweigen – insbesondere für die Personalkosten– bedingt insgesamt für 2027 eine prozentual höhere Anhebung der Müllgebühren für Haushalte und Gewerbe als in den vergangenen Jahren.

5. Einzahlungen und Auszahlungen des Liquiditätsplans mit Investitionsprogramm

5.1 Liquiditätsplanung

Die **Liquiditätsplanung** 2027 schließt im laufenden Geschäftsbetrieb mit einem Zahlungsmittelüberschuss von 5,3 Mio. € ab. In 2027 wird mit vergleichbaren Erlösen bei der Papiervermarktung, etwas höheren Erlösen bei der Alttextilienvermarktung und mit einer Steigerung der Erlöse im BgA gerechnet.

Das Ergebnis aus Investitionstätigkeit schließt mit einem Finanzierungsmittelbedarf von 12,6 Mio. € ab, da von höheren Ausgaben für Investitionen ausgegangen wird. Darin enthalten ist auch die Softwareausschreibung im Bereich der Gebührenveranlagung. Dadurch ergibt sich insgesamt ein Finanzierungsmittelbedarf von 7,4 Mio. €. Aus der Finanzierungstätigkeit ergeben sich Einzahlungen (z.B. Kreditaufnahmen) von 9 Mio. € und Auszahlungen (Zinsen, Tilgung) von 405 T€. Somit entsteht ein Finanzmittelüberschuss von 8,6 Mio. €. Zum Ende des Jahres 2027 ist eine Änderung des Finanzierungsmittelbestandes von rund 1,2 Mio. € veranschlagt.

Der nach der voraussichtlichen Entwicklung der Liquidität in 2028, 2029 und 2030 entstehende negative Stand bei den liquiden Eigenmitteln von ca. 13,0 Mio. € wird durch die Aufnahme von Krediten ausgeglichen, wenn diese dann benötigt werden. Für 2027 sind Kreditaufnahmen von 9,0 Mio. €, für 2028 3,0 Mio. € und für 2029 1,0 Mio. € vorgesehen. Auf die Kreditaufnahme in 2026 wird verzichtet.

5.2 Investitionen, Umlagen und Tilgungen

2027 sind im Einzelnen folgende Investitionen in den verschiedenen Bereichen des Abfallwirtschaftsbetriebes geplant:

Im Fuhrpark des Betriebshofs sind für 2027 ein zusätzliches Fahrzeug und Ersatzbeschaffungen für buchhalterisch abgeschriebene Fahrzeuge, die zudem aufgrund ihrer hohen Reparaturbedürftigkeit, ihres Alters und der Laufleistung die Wirtschaftlichkeitsgrenze überschritten haben.

Im Bereich der Müllabfuhr müssen 2027 insgesamt ein zusätzlicher Abrollkipper und 5 Müllsammelfahrzeuge (Ersatz) mit einem Investitionsvolumen von 2,1 Mio. € beschafft werden. Im Containerdienst sind ein Abrollkipper, ein Absatzkipper und 2 Anhänger mit einer Investitionssumme von 675 T€ zu ersetzen. Für das Team der Containerstandortreinigung / Alttextilien ist eine Ersatzbeschaffung in Höhe von voraussichtlich 67 T€ für einen ausgedienten 3,5 t-Transporter geplant.

Der Invest 2027 des Betriebshofs einschl. Containerdienst beträgt damit insgesamt ca. 2,84 Mio. Euro.

In der Werkstatt sind 100.000 € für die Beschaffungen bei Geräten und Werkzeugen einzuplanen.

Für den Aufbau der Ladeinfrastruktur sind auf dem Betriebshof und auf der Deponie in Sindelfingen jeweils 200 T€ vorgesehen.

Hinzu kommen noch der Nachkauf von Müllgroßbehältern (109 T€) und die Beschaffung von Software (200 T€). Für neue Pilz-Glascontainer sind 209 T€ geplant. Insgesamt ergibt sich somit eine Investitionssumme für die Müllabfuhr von 3,2 Mio. € und von 675 T€ für den Containerdienst.

Auf der ehemaligen **Deponie Böblingen** müssen für die Verwertung des Deponiegases und in die Sickerwasservorbehandlung 150 T€ investiert werden. Auf der **Deponie Sindelfingen** werden in die Oberflächenabdichtung 50 T€ und in die Deponiegaserfassung 1,1 Mio. € investiert. Außerdem muss die Trafostation für weitere 150 T€ ersetzt werden. Auf der **Deponie Leonberg**

fallen für Maßnahmen zur Oberflächenabdichtung voraussichtlich 3 Mio. € an, zudem sind 500 T€ für die Erfassung und Verwertung von Deponiegas eingeplant. Die Schließanlage muss für 150 T€ erneuert werden. Alle Maßnahmen werden aus den Nachsorgerückstellungen finanziert.

Im Sachgebiet „Recycling und Technische Anlagen“ ist erforderlich, den in der **Sortieranlage Sindelfingen** eingesetzten Radlader zu ersetzen (350 T€) und dort auch die Fördertechnik sowie Brandschutzmaßnahmen auszuführen (150 T€). Bei der **Sortieranlage Leonberg** sind für die Erneuerung der Sortiertechnik weitere 150 T€, für die Ersatzbeschaffung eines LKW 100 T€ und für Pressecontainer 25 T€ veranschlagt. Für eine Heizung/Lüftung der Sortierkabine werden 80 T€ benötigt. Weiter sind für eine stationäre Presse 40 T€ und für den Ersatz eines PKW 30 T€ eingeplant.

Im Bereich der **Grüngutverwertung** ist der Ersatz eines Lkw notwendig (250 T€). Ferner ist die Anschaffung eines Traktors mit Anhänger geplant (300 T€).

Zudem sind für den Bereich **Wertstoffhöfe** 502 T€ für neue Presscontainer und Mulden eingeplant. Für den Wertstoffhof Maichingen sind 700 T€ geplant. Für einen Stapler sind 20 T€ geplant. Außerdem werden für Digitalisierungsmaßnahmen weitere 80 T€ eingesetzt. Für sonstige Investitionen sind 50 T€ eingeplant.

Für die **FEMOS-Möbelhalle** werden keine weiteren Investitionen erforderlich. Für verschiedene Maßnahmen bei den **Schadstoffsammelstellen** werden 50 T€ eingeplant.

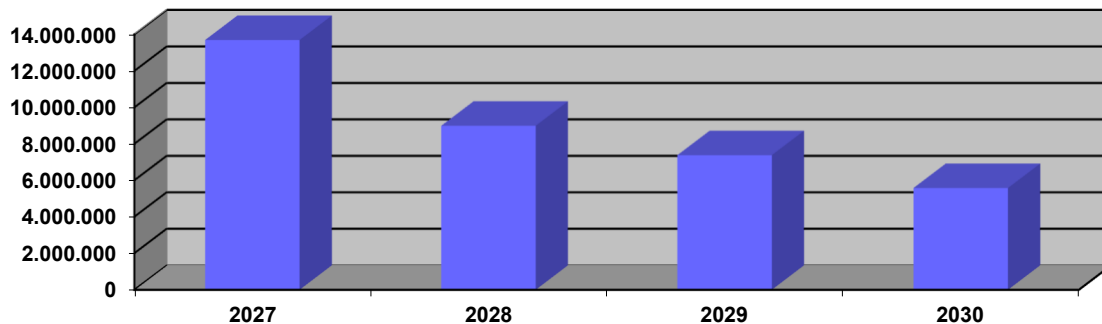
Bei der **AWB-Verwaltung** sind 100 T€ für Ersatz-PKWs und 1,7 Mio. € für Software für die Gebührenveranlagung geplant.

Das Investitionsvolumen in das Sachvermögen 2027 liegt bei insgesamt rund 13,7 Mio. €.

Die mittelfristige Investitionsplanung des Abfallwirtschaftsbetriebes im Zeitraum von 2027 bis 2030 beläuft sich für das Sachanlagevermögen in einer Größenordnung von ca. 35,6 Mio. €. Sie wird neben dem bereits dargestellten Wirtschaftsjahr 2027 im Wesentlichen bestimmt von den Investitionen bis 2030 in den Bereichen Müllabfuhr, Wertstoffhöfe/Sortieranlagen und Häckselplätze sowie von Baumaßnahmen auf den drei ehemaligen Hausmülldeponien (Deponieoberflächenabdichtungen, Anlagen zur Vorbehandlung von Sickerwasser, Erfassung und Verwertung von Deponiegas).

Diese Investitionen spiegeln sich auch im Liquiditätsplan wider. Zur Finanzierung dieser Projekte werden neben den erwirtschafteten Abschreibungen im Planungszeitraum Gelder aus den Liquiditätsüberschüssen der Vorjahre in Anspruch genommen. Ansonsten stehen die abgezinst angesammelten Rückstellungen für Nachsorgekosten als Finanzierungsmittel zur Verfügung. Kreditaufnahmen sind im Planungszeitraum ebenfalls vorgesehen.

Investitionen ins Sachanlagevermögen der Jahre 2027 – 2030 in € (Investitionsplanungszeitraum)



6. Stellenübersicht

Die Stellenübersicht enthält die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen für Beamte (nachrichtlich) und die Tarifbeschäftigten nach TVöD. Die Zahl der ausgewiesenen Stellen liegt um 6,01 über dem Vorjahr ((2027: 344,79; 2026: 338,78). Neben den zusätzlichen Stellen, die aufgrund der Umstellung der Altpapiersammlung erforderlich werden, sind darin auch geringfügige Erhöhungen/Reduzierungen der Beschäftigungsumfänge bei einzelnen Mitarbeitenden berücksichtigt.

Für die Umstellung der Altpapier-Abfuhrtouren von samstags auf die Wochentage Montag bis Freitag sind künftig vier zusätzliche Lkw notwendig, d.h. der Betriebshof benötigt dazu je vier zusätzliche Fahrer und Lader. Von diesen acht zusätzlichen Stellen sollen zunächst lediglich sechs besetzt werden, da sich nach Einführung der geänderten Touren noch Einsparpotenziale ergeben können. Überdies werden Stellen für geringfügig Beschäftigte im Bereich der Wertstoffhöfe in dem Umfang gestrichen, in dem künftig eine Kompensation durch den Einsatz von Vereinsmitgliedern möglich ist. Dadurch kann der Stellenzuwachs auf 6 zusätzliche Stellen beschränkt werden.

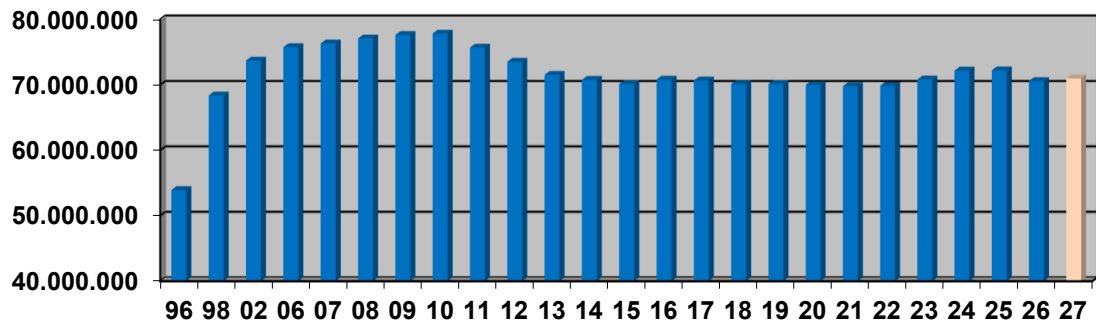
7. Entwicklung der Nachsorgerückstellungen

Im Erfolgsplan sind bei der Zuführung zur Rückstellung für Nachsorgeaufwendungen Zinseinnahmen für den abgezinst angesammelten Anteil der Rückstellung für die Sickerwasserbehandlung und die Oberflächenabdichtung von rund 1,4 Mio. € eingeplant. Solange die bereits angesparten Rückstellungen nur teilweise benötigt werden, können diese Mittel zur Kassenliquidität und im Bedarfsfalle zur Reduzierung des Kreditbedarfs sowie zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden. Zum 31.12.2027 reduziert sich der Gesamtbetrag der Rückstellungen auf rund 71,0 Mio. €. Hierbei ist der Betrag aus dem Jahresabschluss 2025 bereits enthalten.

Als Entnahme aus der Nachsorgerückstellung ist ein Betrag von rd. 2,2 Mio. € eingestellt. Durch diese Entnahme werden die gesamten Aufwendungen (Betriebs- und Personalkosten einschließlich Abschreibungen) der geschlossenen Mülldeponien abgedeckt. Die Entnahme fällt in diesem Jahr etwas ge-

ringer aus, da die Einnahme aus der Annahme von Material bei der Oberflächenabdichtung in Leonberg mit 1,3 Mio. € direkt als Einnahme zur Reduzierung der Nachsorgeaufwendungen verwendet wird. Die Abschreibungen steigen geringfügig an.

geplante Nachsorgerückstellungen bis 2027



8. Kreditaufnahmen und Schuldenentwicklung

Zur Finanzierung der Investitionen des Abfallwirtschaftsbetriebes stehen zunächst die erwirtschafteten Abschreibungen zur Verfügung. Daneben dienen die angesparten Rückstellungen für Nachsorgekosten, die als Kassenmittel eingesetzt werden, der Finanzierung. Diese Verfahrensweise kann jedoch nur insoweit und so lange erfolgen, wie diese Rückstellungen nicht für ihren angesparten Zweck benötigt werden.

2027 sind wie bereits erstmals in 2026 Kreditaufnahmen eingeplant, da die Liquidität in 2027 aufgrund der hohen Investitionen nicht gesichert ist. Auf die Kreditaufnahme konnte in 2026 zwar verzichtet werden, die Übersicht über die Schuldenentwicklung zeigt jedoch, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb im Finanzplanungszeitraum bis 2030 Kreditaufnahmen benötigt. Die Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen weist keine Verpflichtungen aus.

9. Sonstige Anlagen

Als weitere Anlagen sind dem Wirtschaftsplan eine Übersicht über die Aufwendungen für die Umlage an den Zweckverband RMHKW, eine Übersicht über die Entwicklung der Nachsorgerückstellungen sowie die Bilanz, Erfolgsrechnung und der Lagebericht der Naturstrom Böblingen GmbH für das Jahr 2025 beigelegt.

10. Schlussbemerkung

Zum Zeitpunkt der Gründung des Abfallwirtschaftsbetriebs war die Abfallwirtschaft noch geprägt von Mülldeponien, im Vordergrund stand die Deponierung der Abfälle, Mülltrennung und Recycling spielten noch keine Rolle. Seit-her hat sich der Abfallwirtschaftsbetrieb zu einem hochqualifizierten und innovativen „Kreislaufwirtschaftsunternehmen“ mit fast 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Volumen im Erfolgsplan von über 75 Mio. Euro

(ohne Verrechnungen) entwickelt. Das von Beginn an weitsichtige und ehrgeizige Abfallwirtschaftskonzept mit den Rückstellungen für Nachsorgemaßnahmen seit Ende der 1980er Jahre, die Trennung und Verwertung der Bioabfälle und nicht zuletzt die Entscheidung zur Errichtung des Restmüllheizkraftwerkes waren Garanten für den Erfolg des kommunalen Eigenbetriebs. Nach wie vor ist der Abfallwirtschaftsbetrieb deshalb finanziell, organisatorisch und strukturell in der Lage, auf Veränderungen flexibel zu reagieren und den Anforderungen an eine effiziente und zukunftsorientierte Kreislaufwirtschaft gerecht zu werden. Das Abfallwirtschaftskonzept 2025 setzt diesen Weg fort: Es ist mehr als nur eine Fortschreibung bestehender Planungen – es ist ein selbstbewusstes Zukunftskonzept, das mit Weitblick, Innovationskraft und einem klaren Verantwortungsbewusstsein für Mensch und Umwelt entwickelt wurde. Ziel ist eine nachhaltige, klima- und ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft umzusetzen, die den aktuellen ökologischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Anforderungen gerecht wird – und darüber hinaus Impulse für neue Lösungen setzt. Das Konzept definiert ambitionierte, aber realistische Ziele und geht diese Herausforderungen durch eine enge Verzahnung unterschiedlicher Maßnahmenkategorien mit System an. Beispielhaft zu nennen sind die Reduzierung der Restmüllmengen insgesamt sowie der Anteile an Wertstoffen im Restmüll oder die Verbesserung der Biomüllqualität, aber auch eine verbesserte Informationspolitik hinsichtlich Abfalltrennung und -vermeidung und gegebenenfalls Nachjustierungen beim Wertstoffersorgungssystem.

Die Rückstellungen des Eigenbetriebes wurden gebildet, weil Gewissheit darüber bestand, dass diese Mittel nach Schließung der Hausmülldeponien Zug um Zug zur Deckung der Nachsorgeaufwendungen benötigt werden. Die nicht sofort benötigten Mittel stehen dem Abfallwirtschaftsbetrieb in Form von Kassenmitteln zur Verfügung. Dies gilt gleichermaßen für den BgA Duale Systeme. Die Rückstellungen werden vorläufig auch zur Finanzierung des Liquiditätsplans verwendet (Forderung der GPA). Ab 2026 hat die Inanspruchnahme dieser Mittel allerdings zur Folge, dass zur dann anstehenden Finanzierung des Liquiditätsplans ein entsprechender Kreditbedarf entsteht.

Die erwirtschafteten Abschreibungen dienen in erster Linie dazu, die Wiederbeschaffung der Investitionen zu sichern, für die diese Abschreibungen entstehen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt über die restlichen erwirtschafteten Abschreibungen, die Rückstellungen und bis auf weiteres über den vorhandenen Finanzierungsmittelüberschuss.

Der Wirtschaftsplan 2027 trägt diesen Ansprüchen Rechnung und zeigt neben der Gebührenkalkulation, dass die Entscheidungen der vergangenen Jahre zur Stärkung des kommunalen Eigenbetriebs richtig waren. Die Müllgebühren für Haushalte und Gewerbebetriebe konnten seit über zwei Jahrzehnten in jedem Jahr unterhalb des Verbraucherpreisindex gehalten werden. Die beschriebenen Entwicklungen machen es allerdings erforderlich, dass die Abfallgebühren für Haushalte und Gewerbe im kommenden Jahr stärker als in den Vorjahren angehoben werden müssen.

Ursächlich für die Gebührensteigerungen sind nach wie vor die steigenden Aufwendungen bei Betriebsmitteln, die steigenden Personalaufwendungen

und die zurückgehenden Erlöse bei der Vermarktung der verwertbaren Abfälle. Hinzu kommt in 2027 eine umfangreiche Umstellung der abfallwirtschaftliche Branchensoftware, in erster Linie erfolgt diese im Bereich der Gebührenveranlagung und der Buchhaltung, sie hat aber Schnittstellen zu zahlreichen operativen Prozessen. Mit der Umstellung soll gewährleistet werden, dass die digitale Transformation in den nächsten Jahren fortentwickelt werden kann. Die Einbeziehung der Restmüllverbrennung in den nationalen Brennstoffemissionshandel wirkt sich weiterhin beim Zweckverband RMHKW negativ auf den Verbrennungspreis aus, das umstrittene Instrument der CO₂-Bepreisung der Siedlungsabfallverbrennung hat somit mittelbar Auswirkungen auf die Gebührenzahler. Der Ausgleich von Gebührenunterdeckungen aus Vorjahren ist auch 2027 zwingend in der veranschlagten Höhe einzuplanen, um den nach dem Kommunalabgabengesetz vorgeschriebenen Zeitraum für den Ausgleich von Gebührenunterdeckungen nicht zu überschreiten.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat mit einem Prozessmanagementteam damit begonnen, seine Kernprozesse zu erfassen, zu analysieren und daraus geeignete Effizienzsteigerungen abzuleiten. Damit soll das Potenzial für Verbesserungen, beispielsweise die Automatisierung einzelner Prozesse erhoben werden, um künftig die Dienstleistungen des Abfallwirtschaftsbetriebs wirtschaftlicher und kostengünstiger erbringen zu können. Künftigen weiteren Kostensteigerungen kann im Interesse einer Gebührenstabilität so mittelfristig entgegengewirkt werden.

In 2027 zeigen die aktuellen Hochrechnungen eine Stabilisierung des Restmüllaufkommens bei den Haushalten, aber einen deutlichen Rückgang bei den Gewerbeabfällen. Das Abfallwirtschaftskonzept sieht für die kommenden Jahre eine deutliche Reduzierung der Restmüllmengen vor. Anhand regelmäßiger Restabfall- und Sperrmüllanalysen wird der Abfallwirtschaftsbetrieb die Entwicklung beobachten. Mit den Maßnahmen und Prüfaufträgen im Abfallwirtschaftskonzept kann erforderlichenfalls den negativen Entwicklungen entgegengesteuert werden, insbesondere hinsichtlich der Reduzierung der Wertstoffmengen im Restabfall.

Böblingen, den 05.10.2026



Wuttke
Erster Werkleiter

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

Erfolgsplan

und

Liquiditätsplan

jeweils einschließlich

Finanzplanung

2 0 2 7

ERFOLGSPLAN-ZUSAMMENSTELLUNG

Konto	Bezeichnung	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Finanzplanung		
		-vorläufig-	VJ	WJ	WJ	WJ	WJ
		2025	2026	2027	2028	2029	2030
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
	1. Umsatzerlöse						
40	Benutzungsgebühren Abfallentsorgungseinrichtungen	48.847.728	52.862.300	56.198.500	58.169.600	58.929.400	59.507.100
40	Ausgleich von Gebührenüberdeckungen aus VJ	2.782.290	2.398.900	2.402.400	1.000.000	1.115.300	1.002.700
41	sonstige Erlöse	5.157.693	4.302.000	4.317.500	4.317.500	4.438.000	4.562.100
4	Erlöse BgA	10.212.671	8.348.000	9.038.000	9.038.000	8.168.000	8.068.000
	Zwischensumme Umsatzerlöse	67.000.381	67.911.200	71.956.400	72.525.100	72.650.700	73.139.900
	2. Sonstige betriebliche Erträge						
532	Auflösung von Beiträgen und Rückstellungen	1.113.016	2.391.500	2.191.300	1.774.600	2.885.400	3.196.500
53	sonstige Erträge	492.137	350.000	1.490.000	350.000	350.000	350.000
	Zwischensumme Sonst. betr. Erträge	1.605.152	2.741.500	3.681.300	2.124.600	3.235.400	3.546.500
	3. Materialaufwand						
54	davon Verbrauchs- und Betriebsmittel	4.417.568	5.120.000	5.210.000	5.210.000	5.241.100	5.272.500
	davon für Leistungsvergütungen an Dritte	26.410.902	25.956.900	26.536.800	26.536.800	26.802.200	27.070.200
	Zwischensumme Materialaufwand	30.828.470	31.076.900	31.746.800	31.746.800	32.043.300	32.342.700
55-56	4. Personalaufwand	25.131.208	26.383.300	27.870.000	28.268.200	28.550.900	28.836.400
57	5. Abschreibungen und Anlageabgänge	5.952.818	6.855.400	7.520.400	7.500.000	7.400.000	8.200.000
59	6. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
	davon Rückstellung Nachsorgekosten	1.279.943	1.103.800	1.372.900	1.366.200	1.369.300	1.346.100
	davon Erddeponien pauschal	179.172	89.900	152.500	152.500	152.500	152.500
	davon Mieten, Pachten, Gebühren, Beiträge	1.398.706	1.530.000	1.650.000	1.690.000	1.699.700	1.709.500
	davon Versicherungen	445.529	425.000	445.000	456.700	458.400	460.100
	davon Geschäftsaufwand, Bürobedarf	196.743	260.000	260.000	265.800	267.800	269.900
	davon öff. Bekanntmachungen, Öffentl.keitsarbeit	117.891	190.000	170.000	171.400	172.100	172.800
	davon Reisekosten	49.231	35.000	45.000	45.300	45.500	45.700

ERFOLGSPLAN-ZUSAMMENSTELLUNG

Konto	Bezeichnung	Jahresabschluss -vorläufig- 2025	Planansatz VJ 2026	Planansatz WJ 2027	Finanzplanung		
					WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
	davon andere Dienst- und Fremdleistungen	346.402	250.000	700.000	264.000	266.600	269.300
	davon Aufwand für Gebührenmarken	1.265	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	davon Verwaltungskostenbeiträge an Landkreis	1.014.444	950.000	1.060.000	1.060.000	1.060.000	1.060.000
	davon übrige sonstige betr. Aufwendungen	1.211.716	1.250.000	1.880.000	1.453.800	1.458.900	1.464.100
40	Zuführung Gebührenüberdeckungen	1.306.432	0	0	0	0	0
	Zwischensumme Sonst. betr. Aufwendungen	7.547.475	6.088.700	7.740.400	6.930.700	6.955.800	6.955.000
60-62	7. Zinserträge	93.811	197.100	290.000	286.100	258.000	237.800
65	8. Zinsaufwand	324	70.000	180.000	420.000	500.000	520.000
67	9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
	10. Ergebnis nach Steuern	-760.950	375.500	870.100	70.100	694.100	70.100
68	11. Steuern	50.723	70.100	70.100	70.100	70.100	70.100
70	Verrechnung Müllabfuhr/AEV	26.925.294	26.900.300	28.378.200	28.383.900	28.389.700	28.395.500
71	Verrechnung AEV/Müllabfuhr	26.925.294	26.900.300	28.378.200	28.383.900	28.389.700	28.395.500
Jahresergebnis nach Handelsrecht		-811.673	305.400	800.000	0	624.000	0

nachrichtlich ohne Verrechnungen:

Erträge	68.699.345	70.849.800	75.927.700	74.935.800	76.144.100	76.924.200
Aufwendungen	69.511.017	70.544.400	75.127.700	74.935.800	75.520.100	76.924.200

E R F O L G S P L A N - M Ü L L A B F U H R

Konto	Bezeichnung	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Finanzplanung		
		-vorläufig-	VJ	WJ	WJ	WJ	WJ
		2025	2026	2027	2028	2029	2030
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
	1. Umsatzerlöse						
40	Benutzungsgebühren Müllabfuhr	41.640.771	44.497.600	47.465.300	47.837.300	48.045.800	48.454.300
40	Abbau Gebührenüberdeckungen aus VJ	1.016.540	799.900	794.700	1.000.000	1.115.300	1.002.700
41	sonstige Erlöse	503.185	295.000	301.000	301.000	301.000	301.000
	Zwischensumme Umsatzerlöse	43.160.496	45.592.500	48.561.000	49.138.300	49.462.100	49.758.000
	2. Sonstige betriebliche Erträge						
53	Sonstige Erträge	219.421	100.000	620.000	100.000	100.000	100.000
	Zwischensumme Sonst. betr. Erträge	219.421	100.000	620.000	100.000	100.000	100.000
54	3. Materialaufwand						
	davon Verbrauchs- und Betriebsmittel	1.895.891	3.020.000	3.110.000	3.110.000	3.141.100	3.172.500
	davon für Leistungsvergütungen an Dritte	1.217.120	1.050.000	1.260.000	1.260.000	1.272.600	1.285.300
	Zwischensumme Materialaufwand	3.113.012	4.070.000	4.370.000	4.370.000	4.413.700	4.457.800
55-56	4. Personalaufwand	10.660.658	11.137.300	11.952.300	12.191.300	12.313.200	12.436.300
57	5. Abschreibungen und Anlageabgänge	1.804.819	2.405.300	2.408.300	2.500.000	2.600.000	2.700.000
59	6. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
	davon Mieten, Pachten, Gebühren, Beiträge	692.403	950.000	950.000	969.000	978.700	988.500
	davon Versicherungen	177.262	165.000	165.000	168.300	170.000	171.700
	davon Geschäftsaufwand, Bürobedarf	145.516	200.000	200.000	204.000	206.000	208.100
	davon öff. Bekanntmachungen, Öffentl. keitsarbeit	62.368	70.000	70.000	71.400	72.100	72.800
	davon Reisekosten	19.372	10.000	15.000	15.300	15.500	15.700
	davon sonstige Dienst- und Fremdleistungen	346.402	250.000	700.000	264.000	266.600	269.300
	davon Aufwand für Gebührenmarken	1.265	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	davon Verwaltungskostenbeiträge an Landkreis	494.101	450.000	510.000	510.000	510.000	510.000
	davon übrige sonstige betr. Aufwendungen	501.687	400.000	500.000	510.000	515.100	520.300
40	Zuführung Gebührenüberdeckungen	1.306.432	0	0	0	0	0
	Zwischensumme Sonst. betr. Aufwendungen	3.746.809	2.500.000	3.115.000	2.717.000	2.739.000	2.761.400

ERFOLGSPLAN - MÜLLABFUHR

Konto	Bezeichnung	Jahresabschluss -vorläufig- 2025	Planansatz VJ 2026	Planansatz WJ 2027	Finanzplanung		
					WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
60-62	7. Zinserträge	124.603	71.200	20.000	9.700	7.700	5.600
65	8. Zinsaufwand	294	35.000	90.000	210.000	250.000	260.000
67	9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
	10. Ergebnis nach Steuern	24.178.928	25.616.100	27.265.400	27.259.700	27.253.900	27.248.100
68	11. Steuern	25.712	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
70	Gebührenverrechnung mit AEV	1.386.039	657.100	571.400	577.100	582.900	588.700
71	Verrechnung AEV	25.539.255	26.243.200	27.806.800	27.806.800	27.806.800	27.806.800
	Jahresergebnis nach Handelsrecht	0	0	0	0	0	0

nachrichtlich:

Erträge	43.504.520	45.763.700	49.201.000	49.248.000	49.569.800	49.863.600
Aufwendungen	19.351.304	20.177.600	21.965.600	22.018.300	22.345.900	22.645.500

E R F O L G S P L A N - ABFALLENTSORGUNG UND -VERWERTUNG (AEV)

Konto	Bezeichnung	Jahresabschluss -vorläufig- 2025	Planansatz VJ 2026	Planansatz WJ 2027	Finanzplanung		
					WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
	1. Umsatzerlöse						
40	Benutzungsgebühren Entsorgungseinrichtung incl. ED	7.206.956	8.364.700	8.733.200	10.332.300	10.883.600	11.052.800
40	Ausgleich von Gebührenüberdeckungen aus VJ	1.765.750	1.599.000	1.607.700	0	0	0
41-42	sonstige Erlöse Abfallentsorgung	4.654.508	4.007.000	4.016.500	4.016.500	4.137.000	4.261.100
4	Erlöse BgA	10.212.671	8.348.000	9.038.000	9.038.000	8.168.000	8.068.000
	Zwischensumme Umsatzerlöse	23.839.885	22.318.700	23.395.400	23.386.800	23.188.600	23.381.900
	2. Sonstige betriebliche Erträge						
532	Auflösung von Beiträgen und Rückstellungen	1.113.016	2.391.500	2.191.300	1.774.600	2.885.400	3.196.500
53	Sonstige Erträge	272.716	250.000	870.000	250.000	250.000	250.000
	Zwischensumme Sonst. betr. Erträge	1.385.732	2.641.500	3.061.300	2.024.600	3.135.400	3.446.500
	3. Materialaufwand						
54	davon Verbrauchs- und Betriebsmittel	2.521.677	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000	2.100.000
	davon für Leistungsvergütungen an Dritte	25.193.781	24.906.900	25.276.800	25.276.800	25.529.600	25.784.900
	Zwischensumme Materialaufwand	27.715.459	27.006.900	27.376.800	27.376.800	27.629.600	27.884.900
55-56	4. Personalaufwand	14.470.549	15.246.000	15.917.700	16.076.900	16.237.700	16.400.100
57-58	5. Abschreibungen und Anlageabgänge	4.147.999	4.450.100	5.112.100	5.000.000	4.800.000	5.500.000
59	6. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
	davon Zuführung Rückstellung Nachsorge	1.279.943	1.103.800	1.372.900	1.366.200	1.369.300	1.346.100
	davon Erddeponien pauschal	179.172	89.900	152.500	152.500	152.500	152.500
	davon Mieten, Pachten, Gebühren, Beiträge	706.303	580.000	700.000	721.000	721.000	721.000
	davon Versicherungen	268.266	260.000	280.000	288.400	288.400	288.400
	davon Geschäftsaufwand, Bürobedarf	51.227	60.000	60.000	61.800	61.800	61.800
	davon öff. Bekanntmachungen, Öffentl.keitsarbeit	55.524	120.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	davon Reisekosten	29.859	25.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	davon Verwaltungskostenbeiträge an Landkreis	520.343	500.000	550.000	550.000	550.000	550.000
	davon übrige sonstige betr. Aufwendungen	710.029	850.000	1.380.000	943.800	943.800	943.800

E R F O L G S P L A N - ABFALLENTSORGUNG UND -VERWERTUNG (AEV)

Konto	Bezeichnung	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Finanzplanung		
		-vorläufig- 2025	VJ 2026	WJ 2027	WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
40	Zuführung Gebührenüberdeckungen	0	0	0	0	0	0
	Zwischensumme Sonst. betr. Aufwendungen	3.800.666	3.588.700	4.625.400	4.213.700	4.216.800	4.193.600
60-62	7. Zinserträge	-30.793	125.900	270.000	276.400	250.300	232.200
65	8. Zinsaufwand	29	35.000	90.000	210.000	250.000	260.000
67	9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
	10. Ergebnis nach Steuern	-24.939.877	-25.240.600	-26.395.300	-27.189.600	-26.559.800	-27.178.000
68	11. Steuern	25.011	40.100	40.100	40.100	40.100	40.100
70	Verrechnung Müllabfuhr	25.539.255	26.243.200	27.806.800	27.806.800	27.806.800	27.806.800
71	Gebührenverrechnung mit Müllabfuhr	1.386.039	657.100	571.400	577.100	582.900	588.700
	Jahresergebnis nach Handelsrecht	-811.673	305.400	800.000	0	624.000	0

nachrichtlich:

Erträge	25.194.824	25.086.100	26.726.700	25.687.800	26.574.300	27.060.600
Aufwendungen	50.159.713	50.366.800	53.162.100	52.917.500	53.174.200	54.278.700

Gesamtliquiditätsplan einschließlich Finanzplanung

Nr.	Einzahlungen bzw. Auszahlungen	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplanung		
		-vorläufig- 2025	VJ 2026	WJ 2027		WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
1	Einzahlungen von Kunden für den Verkauf von Erzeugnissen, Waren und Dienstleistungen	62.805.887	65.709.400	69.844.000		71.811.200	71.793.400	72.375.000
2	Sonstige Einzahlungen, die nicht der Investitions oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	411.909	350.000	1.490.000		350.000	350.000	350.000
3	Ertragsteuerrückzahlungen	0	0	0		0	0	0
4	Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	63.217.796	66.059.400	71.334.000		72.161.200	72.143.400	72.725.000
5	Auszahlungen an Lieferanten und Beschäftigte	54.659.865	57.460.200	59.616.800		60.015.000	60.594.200	61.179.100
6	Sonstige Auszahlungen, die nicht der Investitions oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	4.979.209	5.055.000	6.437.600		5.634.600	5.656.600	5.679.000
7	Ertragsteuerzahlungen	-3.949	0	0		0	0	0
8	Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	59.635.125	62.515.200	66.054.400		65.649.600	66.250.800	66.858.100
9	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit	3.582.671	3.544.200	5.279.600	0	6.511.600	5.892.600	5.866.900
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0		0	0	0
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	100.907	0	0		0	0	0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagevermögens	396.709	487.948	754.296		758.257	762.334	766.530

Gesamtliquiditätsplan einschließlich Finanzplanung

Nr.	Einzahlungen bzw. Auszahlungen	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027	Finanzplanung		
		-vorläufig- 2025	VJ 2026	WJ 2027		WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
13	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen	0	0	0		0	0	0
14	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen der Gemeinde	0	0	0		0	0	0
15	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen Dritter	0	0	0		0	0	0
16	Einzahlungen aus der Rückzahlung geleisteter Investitionszuschüsse durch Dritte	0	0	0		0	0	0
17	Erhaltene Zinsen	93.811	197.100	290.000		286.100	258.000	237.800
18	Erhaltene Dividenden	0	0	0		0	0	0
19	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	591.427	685.048	1.044.296	0	1.044.357	1.020.334	1.004.330
20	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	205.374	0	1.700.000		0	0	0
21	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	10.817.028	11.554.000	11.994.000		8.993.000	7.429.000	5.627.000
22	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	7.000.000	0		0	0	0
23	Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	0	0	0		0	0	0
24	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	0	0	0		0	0	0
25	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionszuweisungen der Gemeinde	0	0	0		0	0	0

Gesamtliquiditätsplan einschließlich Finanzplanung

Nr.	Einzahlungen bzw. Auszahlungen	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027	Finanzplanung		
		-vorläufig- 2025	VJ 2026	WJ 2027		WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
26	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionszuweisungen Dritter	0	0	0		0	0	0
27	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.022.402	18.554.000	13.694.000	0	8.993.000	7.429.000	5.627.000
28	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-10.430.975	-17.868.952	-12.649.704	0	-7.948.643	-6.408.666	-4.622.670
29	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-6.848.304	-14.324.752	-7.370.104	0	-1.437.043	-516.066	1.244.230
30	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0		0	0	0
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen bei der Gemeinde und anderen Eigenbetrieben	0	0	0		0	0	0
32	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen bei Dritten	0	4.000.000	9.000.000		3.000.000	1.000.000	0
33	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	4.000.000	9.000.000	0	3.000.000	1.000.000	0
34	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	0	0	0		0	0	0

Gesamtliquiditätsplan einschließlich Finanzplanung

Nr.	Einzahlungen bzw. Auszahlungen	Jahresabschluss	Planansatz	Planansatz	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplanung		
		-vorläufig- 2025	VJ 2026	WJ 2027		WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
		EURO	EURO	EURO		EURO	EURO	EURO
35	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen gegen über der Gemeinde und anderen Eigenbetrieben	0	0	0		0	0	0
36	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen gegenüber Dritten	0	100.000	225.000		525.000	625.000	650.000
37	Gezahlte Zinsen	324	70.000	180.000		420.000	500.000	520.000
38	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	324	170.000	405.000	0	945.000	1.125.000	1.170.000
39	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	-324	3.830.000	8.595.000	0	2.055.000	-125.000	-1.170.000
40	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	-6.848.627	-10.494.752	1.224.896	0	617.957	-641.066	74.230

Voraussichtliche Entwicklung der Liquidität

Nr.		Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Liquiditätsplan		Finanzplanung		
			Vorjahr 2026	WJ 2027	WJ 2028	WJ 2029	WJ 2030
			EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
1		Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	7.931.931,82				
2a	+	Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn	0,00				
2b	+	Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere	0,00				
2c	+	Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zum Kernhaushalt, zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, selbständigen Kommunalanstalten und anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	0,00				
3a	-	Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn	0,00				
3b	-	Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zum Kernhaushalt, zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, selbständigen Kommunalanstalten und anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	0,00				
4	=	liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	7.931.931,82				
5	-	mittelübertragungsbedingter Liquiditätsbedarf (§2 Absatz 4 EigBVO-HGB)	0,00				
6	+/-	veranschlagte Änderung des FMbestands (§2 i. V. m. Anlage 2 Nummer 40 EigBVO-HGB) oder aktuelle Prognosewerte	-7.994.752,14	1.224.895,95	617.956,87	-641.066,08	74.230,47
7	=	voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende	-62.820,32	1.162.075,63	1.780.032,50	1.138.966,42	1.213.196,89
8	-	davon für bestimmte Zwecke gebunden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	=	vorauss. liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	-62.820,32	1.162.075,63	1.780.032,50	1.138.966,42	1.213.196,89

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

Stellenübersicht

2 0 2 7

Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2027
Teil A: Beamte (nachrichtlich)

Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	Besol- dungs- gruppe	Zahl der Stellen				Nachrichtlich		Vermerke, Erläuterungen (z. B. Aufwandsentschädigung)	
		insgesamt	darunter				Zahl der Stellen 2026		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2026
			mit Zulage	ausge- sondert	Sonder- schlüssel	Leer- stellen			

I. Abfallwirtschaftsbetrieb

	B 2	-						-	
		-						-	
<u>Höherer Dienst</u>									
Ltd. Kreisverwalt.dir.	A 16	2					2	2	
Kreisverwaltungsdirektor	A 15	-					-	-	
Kreisoberverwaltungsrat	A 14	4,5					4,5	4,5	
Kreisverwaltungsrat	A 13	1					1	1	
		7,5					7,5	7,5	
<u>Gehobener Dienst</u>									
Kreisoberamtsrat	A 13	-					-	-	
Kreisamtsrat	A 12	3					3	2,6	
Kreisamtmann	A 11	9,8					10	8,25	
Kreisoberinspektor	A 10	1					1	0,8	
		13,80					14	11,65	
<u>Mittlerer Dienst</u>									
Erster Kreisamtsinspektor	A 10	1					1	0,7	
Kreisamtsinspektor	A 9	5,55					5,55	5,55	
Kreishauptsekretär	A 8	0,6					-	-	
Kreisobersekretär	A 7	-					-	-	
		7,15					6,55	6,25	
Insgesamt		28,45					28,05	25,40	

Teil B: Tarifbeschäftigte

	Vergütungs- gruppe bzw. Sondertarif	Zahl der Stellen				Nachrichtlich		Vermerke, Erläuterungen (z. B. Aufwandsentschädigung)	
		insgesamt	darunter				Zahl der Stellen 2026		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2026
			mit Zulage	ausge- sondert	Sonder- schlüssel	Leer- stellen			

I. Abfallwirtschaftsbetrieb

	15	-					-	-	
	14	-					-	-	
	13	1					1	1	
	12	2					1,9	1,9	
	11	8,30					8,10	8	
	10	5,3					5,30	5,30	
	9c	9,1					9,10	9,1	
	9b	4,65					4,75	4,65	
	9a	14,50					7,10	13,90	
	8	13,7					19,90	13,7	
	7	13,60					13,30	12,50	
	6	140,10					134,50	130,10	
	5	69,27					69,96	69,27	
	4	8					8	8	
	3	26,82					27,82	27,57	
	2	-					-	-	
Insgesamt		316,34					310,73	304,24	

Zusammenstellung

Beschäftigte insges. (A + B)		344,79					338,78	329,64	
---------------------------------	--	--------	--	--	--	--	--------	--------	--

Teil C: Aufteilung der Stellen nach der Gliederung des Kostenstellenplans (nachrichtlich)

Bezeichnung		Beamte													Ges.
	B 2	Höherer Dienst				Gehobener Dienst				Mittlerer Dienst					
		A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 10	A 9	A 8	A 7	A 6	
Werkleitung/VWS/Stabstellen		2,00						2,25							4,25
SG 1.1 Betriebswirtschaft				1,00							0,75				1,75
SG 1.2 Gebühren, Faktura, Kundenservice				1,00			1,00	2,70	1,00		4,80	0,60			11,10
SG 1.3 Recht, Beschaffung, Marketing					1,00			1,75							2,75
SG 1.4 Öffentlichkeitsarbeit								2,50							2,50
SG 2.1 Logistik, Betriebshof				1,00				0,60		0,50					2,10
SG 2.2 Recycling, Technische Anlagen				1,00			2,00								3,00
SG 2.3 Deponien										0,50					0,50
SG 2.4 Bioabfallverwertung GmbH Leonberg				0,50											0,50
Gesamt	-	2,00	-	4,50	1,00	0,00	3,00	9,80	1,00	1,00	5,55	0,60	-	-	28,45

Bezeichnung	Tarifbeschäftigte																	Bezeichnung
	Entgeltgruppe															Ges.	Gesamt	
	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2			
Werkleitung/VWS/Stabstellen				2,00						1,50						3,50	7,75	Werkleitung/VWS/Stabstellen
SG 1.1 Betriebswirtschaft				1,00		2,10		1,40	2,50							7,00	8,75	SG 1.1 Betriebswirtschaft
SG 1.2 Gebühren, Faktura, Kundenservice				1,00	2,00			0,70	5,70	7,40						16,80	27,90	SG 1.2 Gebühren, Faktura, Kundenservice
SG 1.3 Recht, Beschaffung, Marketing																0,00	2,75	SG 1.3 Recht, Beschaffung, Marketing
SG 1.4 Öffentlichkeitsarbeit			1,00		1,80											2,80	5,30	SG 1.4 Öffentlichkeitsarbeit
SG 2.1 Logistik, Betriebshof				2,30		7,00	0,75	11,00	2,50		122,10	9,00	7,00	12,00		173,65	175,75	SG 2.1 Logistik, Betriebshof
SG 2.2 Recycling, Technische Anlagen					1,50		2,90	1,40	3,00	1,00	16,00	55,97	1,00	14,82		97,59	100,59	SG 2.2 Recycling, Technische Anlagen
SG 2.3 Deponien		1,00	1,00	2,00			1,00			1,70	2,00	3,90				12,60	13,10	SG 2.3 Deponien
SG 2.4 Bioabfallverwertung GmbH Leonberg										2,00		0,40				2,40	2,90	SG 2.4 Bioabfallverwertung GmbH Leonberg
Gesamt		1,00	2,00	8,30	5,30	9,10	4,65	14,50	13,70	13,60	140,10	69,27	8,00	26,82	-	316,34	344,79	Gesamt

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

Investitionsprogramm

2027 - 2030

LANDKREIS BÖBLINGEN
ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Bereich	Grunderwerb	Betriebs- und Gesch.ausst.	Bauten
	€	€	€
ÖFFENTLICHE MÜLLABFUHR Betriebshof, Fahrzeuge und Zubehör	0	2.777.000	0
KREISMÜLLDEPONIE			
Böblingen	0	0	0
Leonberg	0	150.000	3.500.000
Sindelfingen	0	0	50.000
Containerdienste	0	675.000	0
Häckselplätze	0	0	0
SORTIERANLAGEN			
Leonberg/Sindelfingen	0	175.000	0
WERTSTOFFHÖFE/-SAMMLUNG	0	142.000	700.000
PROBLEMSTOFFSAMMELSTELLEN	0	0	0
Möbelhalle Hulb	0	0	0
BODENAUSHUBDEPONIE			
Waldenbuch/Steinenbronn	0	0	0
VERWALTUNG			
Allg. Verwaltung	0	1.800.000	5.000
SUMMEN	0	5.719.000	4.255.000

Techn. Anlagen Maschinen €	Summe Planansätze 2027 €	2028 €	2029 €	2030 €	Summe der Ausgaben 2027-2030 €
400.000	3.177.000	3.422.000	3.066.000	2.376.000	12.041.000
150.000	150.000	0	0	0	150.000
0	3.650.000	3.000.000	2.500.000	1.250.000	10.400.000
1.250.000	1.300.000	250.000	0	50.000	1.600.000
0	675.000	541.000	516.000	474.000	2.206.000
550.000	550.000	500.000	500.000	500.000	2.050.000
810.000	985.000	475.000	125.000	255.000	1.840.000
510.000	1.352.000	655.000	622.000	622.000	3.251.000
50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	200.000
0	0	50.000	0	50.000	100.000
0	0	0	0	0	0
0	1.805.000	50.000	50.000	0	1.905.000
3.720.000	13.694.000	8.993.000	7.429.000	5.627.000	35.743.000

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme:Müllabfuhr												
I/90910000												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen												
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					2.619.000	2.977.000		3.362.000		3.036.000	2.346.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen					445.000	200.000		60.000		30.000	30.000	
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					3.064.000	3.177.000		3.422.000		3.066.000	2.376.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-3.064.000	-3.177.000		-3.422.000		-3.066.000	-2.376.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					3.064.000	3.177.000		3.422.000		3.066.000	2.376.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Kreismülldeponie Böblingen I/90921100												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					50.000	150.000						
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen												
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					50.000	150.000						
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-50.000	-150.000						
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					50.000	150.000						
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Kreismülldeponie Leonberg I/90921200												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					2.650.000	3.500.000		3.000.000		2.500.000	1.250.000	
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen						150.000						
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					2.650.000	3.650.000		3.000.000		2.500.000	1.250.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-2.650.000	-3.650.000		-3.000.000		-2.500.000	-1.250.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					2.650.000	3.650.000		3.000.000		2.500.000	1.250.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Kreismülldeponie Sindelfingen I/90921300												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					350.000	1.300.000		250.000		0	50.000	
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					1.100.000	0		0		0	0	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					1.450.000	1.300.000		250.000		0	50.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-1.450.000	-1.300.000		-250.000		0	-50.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					1.450.000	1.300.000		250.000		0	50.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Containerdienste I/90925000												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen												
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					933.000	675.000		541.000		516.000	474.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					933.000	675.000		541.000		516.000	474.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-933.000	-675.000		-541.000		-516.000	-474.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					933.000	675.000		541.000		516.000	474.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Häckselplätze I/90924700												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					370.000	0						
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					500.000	550.000		500.000		500.000	500.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					870.000	550.000		500.000		500.000	500.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-870.000	-550.000		-500.000		-500.000	-500.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					870.000	550.000		500.000		500.000	500.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme:Sortieranlage Leonberg I/90922200												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					0	80.000						
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					360.000	345.000		75.000		75.000	205.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					360.000	425.000		75.000		75.000	205.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-360.000	-425.000		-75.000		-75.000	-205.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					360.000	425.000		75.000		75.000	205.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme:Sortieranlage Sindelfingen I/90925400												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					60.000	180.000						
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					330.000	380.000		400.000		50.000	50.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					390.000	560.000		400.000		50.000	50.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-390.000	-560.000		-400.000		-50.000	-50.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					390.000	560.000		400.000		50.000	50.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Wertstoffhöfe / -sammlung I/90925100												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					250.000	750.000		50.000		50.000	50.000	
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					1.117.000	12.690.000		555.000		522.000	522.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen					10.000	80.000		50.000		50.000	50.000	
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					1.377.000	13.520.000		655.000		622.000	622.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-1.377.000	-13.520.000		-655.000		-622.000	-622.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					1.377.000	13.520.000		655.000		622.000	622.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Problemstoffsammelstellen I/90923000												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen												
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					50.000	50.000		50.000		50.000	50.000	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					50.000	50.000		50.000		50.000	50.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-50.000	-50.000		-50.000		-50.000	-50.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					50.000	50.000		50.000		50.000	50.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme:Möbelhalle Hulb I/90924600												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen					100.000	0		50.000		0	50.000	
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen												
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen												
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen												
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					100.000	0		50.000		0	50.000	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-100.000	0		-50.000		0	-50.000	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					100.000	0		50.000		0	50.000	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Nr.	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen aus Vorvorjahr EUR	Ergebnis Vorvorjahr EUR	Ansatz 2026 EUR	Ansatz 2027 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2027 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2028 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2029 EUR	Planung Wirtschaftsjahr 2030 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9 ⁵⁾	10	11	12 ⁶⁾
Maßnahme: Verwaltung												
I/90902000												
1 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen												
2 Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit												
3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen												
4 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen												
5 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit												
6 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 5)												
7 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden												
8 Auszahlungen für Baumaßnahmen												
9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen					100.000	105.000		50.000		50.000	0	
10 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen					7.000.000	0		0		0	0	
11 Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen												
12 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen					160.000	1.700.000		0		0	0	
13 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 7 bis 12)					7.260.000	1.805.000		50.000		50.000	0	
14 Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 6 und 13)					-7.260.000	-1.805.000		-50.000		-50.000	0	
15 Aktivierte Eigenleistungen												
16 Gesamtkosten der Maßnahme (Summe aus Nummer 13 und 15)					7.260.000	1.805.000		50.000		50.000	0	
17 Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen ⁷⁾												

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Bei einem Doppelwirtschaftsplan lautet die Spaltenüberschrift "Ansatz Wirtschaftsjahr +1".

⁵⁾ Die neben Spalte 7 zusätzliche Spalte 9 zum Ausweis der Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr +1 ist nur bei einem Doppelwirtschaftsplan erforderlich.

⁶⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

⁷⁾ Wertangaben können mit Erläuterungen untersetzt werden.

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

Übersicht über die Schuldenentwicklung

Wirtschaftsjahr	2026 €	2027 €	2028 €	2029 €	2030 €
Schuldenstand am 01.01.	0	0	8.775.000	11.250.000	11.625.000
Tilgungen daraus	0	0	0	0	0
Zinsen daraus	0	0	0	0	0
Kreditaufnahme	0	9.000.000	3.000.000	1.000.000	0
Tilgungen geplanter Kreditaufnahmen	0	225.000	525.000	625.000	650.000
Zinsen geplanter Kreditaufnahmen	0	180.000	420.000	500.000	520.000
Summe Tilgung	0	225.000	525.000	625.000	650.000
Summe Zinsen	0	180.000	420.000	500.000	520.000
Schuldenstand am 31.12.	0	8.775.000	11.250.000	11.625.000	10.975.000

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

**ÜBERSICHT ÜBER DIE AUS VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN
VORAUSSICHTLICH FÄLLIG WERDENDEN AUSZAHLUNGEN**

Vertragsabschlüsse	Summe T€	Auszahlungsfälligkeit			
		2028 T€	2029 T€	2030 T€	2031 und später T€
2027	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0
Nachrichtlich: Kreditaufnahmen lt. Kreditübersicht	4.000.000	3.000.000	1.000.000	0	0

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

Übersicht über die Aufwendungen für den Zweckverband Restmüllheizkraftwerk Böblingen

Verbandsumlage an Zweckverband RBB im Jahr 2027

durch die Mitglieder Böblingen, Calw, Stuttgart, Freudenstadt, Esslingen und Rottweil

	2027		Vorjahr	
	Gesamt	pro Tonne	Gesamt	pro Tonne
Verbandsumlage	27.541.200 €	177,00 €	27.385.600 €	176,00 €
Kontingent RBB	155.600 t		155.600 t	

	Tonnage	Anteile	Verbandsumlage
Anteil Böblingen	80.000 t	51,42%	14.160.000
Anteil Stuttgart	15.100 t	9,70%	2.672.700
Anteil Calw	23.000 t	14,78%	4.071.000
Anteil Freudenstadt	13.000 t	8,36%	2.301.000
Anteil Rottweil	19.500 t	12,53%	3.451.500
Anteil Esslingen	5.000 t	3,21%	885.000
Summen	155.600 t	100,00%	27.541.200

(alle Zahlen gerundet)

ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB

Landkreis Böblingen

**Übersicht über die
Entwicklung der
Nachsorgerückstellungen**

ENTWICKLUNG DER NACHSORGERÜCKSTELLUNGEN

(in EURO)

Für	Rücklagen seit	Ansammlung bis	Gesamtkosten (Ansammlg.)	Stand 31.12.2026	Zuführung 2027	Entnahme 2027	Stand 31.12.2027
ERDDEPONIEN			2.306.280	998.331	2.450	55.000	945.781
Baresel	1982	2030	126.442	116.631	2.450	0	119.081
Waldenbuch/St.bronn	1982	2005	376.618	376.618	0	0	376.618
Nachsorgerückstellungen ehemaliger Erddeponien insgesamt	1982	2005	1.803.220	505.082	0	55.000	450.082
ABFALLENTSORGUNG			76.791.323	70.792.608	1.372.935	2.136.309	70.029.234
Nachsorgerückstellungen aller Kreismülldeponien	1982	2002	76.586.500	70.587.940	1.372.935	2.136.309	69.824.566
Sortieranlage Sindelfingen zzgl. Sort.anl. Leonberg	1991	2015	204.823	204.668	0	0	204.668
INSGESAMT			79.097.603	71.790.939	1.375.385	2.191.309	70.975.015

ENTWICKLUNG DER NACHSORGERÜCKSTELLUNGEN (in EURO)

Für	Rücklagen seit	Ansammlung bis	Gesamtkosten (Ansammlg.)	Stand 31.12.2026	Zuführung 2027	Entnahme 2027	Zuführung 2028	Entnahme 2028	Zuführung 2029	Entnahme 2029	Zuführung 2030	Entnahme 2030	Stand 31.12.2030
BODENAUSHUBDEPONIE			2.306.280	998.331	2.450	55.000	2.450	55.000	2.450	55.000	2.450	55.000	788.131
Baresel	1982	2030	126.442	116.631	2.450	0	2.450	0	2.450	0	2.450	0	126.431
Waldenbuch/Steinenbronn	1982	2005	376.618	376.618	0	0	0	0	0	0	0	0	376.618
Nachsorgerückstellungen ehe- maliger Bodenaushubdeponien Stellberg, Stelzenhau usw.	1982	2005	1.803.220	505.082	0	55.000	0	55.000	0	55.000	0	55.000	285.082
ABFALLENTSORGUNG			76.791.323	70.792.608	1.372.935	2.136.309	1.366.172	1.719.564	1.369.349	2.830.377	1.346.074	3.141.503	66.419.386
Nachsorgerückstellungen aller Kreismülldeponien	1982	2.002	76.586.500	70.587.940	1.372.935	2.136.309	1.366.172	1.719.564	1.369.349	2.830.377	1.346.074	3.141.503	66.214.717
PSA Sindelfingen u. SA Leonberg	1991	2015	204.823	204.668	0	0	0	0	0	0	0	0	204.668
INSGESAMT			79.097.603	71.790.939	1.375.385	2.191.309	1.368.622	1.774.564	1.371.799	2.885.377	1.348.524	3.196.503	67.207.516

Naturstrom Landkreis BB GmbH

Bilanz
Erfolgsrechnung
Anlagenachweis
Lagebericht

des zuletzt festgestellten Jahresabschlusses

2025

Bilanz zum 31. Dezember 2025

	Aktivseite	WJ -Euro-	Vorjahr -Euro-		Passivseite	WJ -Euro-	Vorjahr -Euro-
A.	Anlagevermögen	1.943.800,93	2.218.298,74	A.	Eigenkapital	1.084.987,21	1.071.549,80
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	I.	Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	0,00	II.	Kapitalrücklagen	4.787,50	4.787,50
2.	Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	III.	Gewinnrücklagen	0,00	0,00
II.	Sachanlagen	1.943.800,93	2.218.298,74	IV.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.041.762,30	1.052.725,14
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	V.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	13.437,41	-10.962,84
2.	technische Anlagen und Maschinen	1.887.538,80	1.744.942,40	B.	Sonderposten	0,00	0,00
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	0,00	I.	für Investitionszuweisungen		
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	56.262,13	473.356,34	1.	von der Gemeinde	0,00	0,00
III.	Finanzanlagen	0,00	0,00	2.	von Dritten	0,00	0,00
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen			II.	für Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen			III.	für Sonstiges	0,00	0,00
3.	Beteiligungen	0,00	0,00				
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	C.	Rückstellungen	10.774,00	14.690,78
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	1.	Lohn-, Gehalts- und Pensionsrückstellungen ¹ und ähnliche Verpflichtungen		
6.	sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	2.	Steuerrückstellungen	2.274,00	0,00
				3.	sonstige Rückstellungen	8.500,00	14.690,78
B.	Umlaufvermögen	603.608,97	661.218,85	D.	Verbindlichkeiten	1.478.181,69	1.819.810,01
I.	Vorräte	0,00	0,00	1.	Anleihen		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				davon konvertibel		
2.	unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen			2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
3.	fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	0,00	2.1	gegenüber der Gemeinde		
4.	geleistete Anzahlungen			2.2	gegenüber anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	0,00	1.277.946,00
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	124.475,69	189.236,56	2.3	gegenüber Dritten	350.000,00	420.000,00
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			3.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		
1.1	gegenüber der Gemeinde	0,00	0,00	4.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
1.2	gegenüber anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	0,00	0,00	4.1	gegenüber der Gemeinde	0,00	0,00
1.3	gegenüber Dritten	32.337,53	10.617,70	4.2	gegenüber anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	0,00	0,00
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	4.3	gegenüber Dritten	9.830,82	121.864,01
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	5.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		
4.	sonstige Vermögensgegenstände	92.138,16	178.618,86	6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
III.	Wertpapiere			7.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.109.960,04	0,00
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	8.	sonstige Verbindlichkeiten		
2.	sonstige Wertpapiere	0,00	0,00	8.1	gegenüber der Gemeinde		
IV.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	479.133,28	471.982,29	8.2	gegenüber anderen Eigenbetrieben der Gemeinde		
				8.3	gegenüber Dritten	8.390,83	0,00
					davon aus Steuern: 8.304,73 Euro		
					davon i.R.d. soz. Sicherheit: 0 Euro		
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	26.533,00	26.533,00	E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
D.	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung						
	Bilanzsumme	2.573.942,90	2.906.050,59		Bilanzsumme	2.573.942,90	2.906.050,59

Erfolgsrechnung

Nr.		Ergebnis	Ansatz	Ergebnis
		Vorjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr
		EUR	EUR	EUR
		1	2 ¹⁾	3
1.	Umsatzerlöse	464.081,05	550.000	516.039,91
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0	0,00
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0,00
4.	sonstige betriebliche Erträge	165,00	0	12.175,79
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-12.476,69	-5.000	-14.770,55
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-43.979,45	-63.300	-45.780,98
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	-6.240,00	-6.500	-6.240,00
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	-1.148,16 -(128,52)	-1.500	-1.152,23 -(132,33)
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-225.678,65	-260.000	-241.933,75
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0	0,00
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	-131.937,84	-146.300	-153.950,75
9.	Erträge aus Beteiligungen,	0,00	0	0,00
	davon aus verbundenen Unternehmen	(0,00)		(0,00)
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens,	0,00	0	0,00
	davon aus verbundenen Unternehmen	(0,00)		(0,00)
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge,	1.317,00	0	0,00
	davon aus verbundenen Unternehmen	(0,00)		(0,00)
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	0,00
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen,	-54.363,39	-68.500	-45.967,76
	davon an verbundene Unternehmen	-(34.677,26)		-(31.045,25)
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	313,04	-1.000	-4.982,27
15.	Ergebnis nach Steuern	-9.948,09	-2.100	13.437,41
16.	sonstige Steuern	-1.014,75	0	0,00
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-10.962,84	-2.100	13.437,41
	nachrichtlich			
18.	Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung			
19.	Vorauszahlungen an die Gemeinde auf die spätere Überschussabführung			

¹⁾ Ansatz einschließlich aller Änderungen des Wirtschaftsplans

Anlagennachweis zum 31.12.2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 01.01.2025	Zugänge	Abgänge	Umb.	Zuschüsse	Stand 31.12.2025	Stand 01.01.2025	Zugänge 2025	Abgänge 2025	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Sachanlagen												
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, andere Anlagen	4.808.046,78	42.376,15	0,00	0,00	0,00	4.850.422,93	3.063.104,38	241.933,75	0,00	3.305.038,13	1.545.384,80	1.744.942,40
Betriebs- und Geschäftsausstattung	256,55	0,00	0,00	0,00	0,00	256,55	256,55	0,00	0,00	256,55	0,00	0,00
Anlagen im Bau	473.356,34	24.424,16	99.364,37	0,00	0,00	398.416,13	0,00	0,00	0,00	0,00	398.416,13	473.356,34
Anlagevermögen gesamt	5.281.659,67	66.800,31	99.364,37	0,00	0,00	5.249.095,61	3.063.360,93	241.933,75	0,00	3.305.294,68	1.943.800,93	2.218.298,74

Anlage 3/Blatt 5

Lagebericht

Allgemeines

Mit Beschluss des Kreistags des Landkreises Böblingen vom 21.07.2008 wurde bei der 2005 gegründeten Biogas-Brennstoffzellen GmbH der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft auf den Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden und Flächen des Landkreises sowie anderer Einrichtungen zur Stromerzeugung und zum Stromverkauf erweitert. Aufgrund der Erweiterung des Gesellschaftszwecks wurden Photovoltaikanlagen realisiert bzw. übernommen (u.a. eine große Freiflächenanlage mit rund 1 MW-Peak auf der Südböschung der Kreismülldeponie Böblingen).

Mit Beschluss des Kreistags vom 19.12.2011 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert und die bisherige „Biogas-Brennstoffzellen GmbH“ in „Naturstrom Landkreis Böblingen GmbH“ umfirmiert, da die Brennstoffzellentechnik nach 2011 nicht weiterverfolgt wurde. Stattdessen wurde der Unternehmensgegenstand auf den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erweitert.

Um den Gesellschaftsvertrag den laufenden Entwicklungen anzupassen, wurde dieser am 26.08.2014 bzgl. § 7 I und § 9 I nochmals dahingehend geändert, dass der Landkreis Böblingen in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat vertreten wird.

Der mit den insgesamt 13 fertiggestellten Photovoltaikanlagen erzeugte Strom wird ins öffentliche Stromnetz eingespeist. Die PV-Anlage auf dem Dach der Straßenmeisterei Magstadt ist 2025 ans Netz gegangen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft bzw. deren Entwicklung im Geschäftsjahr 2025 ist direkt aus dem Jahresabschluss zum 31.12.2025 (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) ablesbar. 2025 lag das Investitionsvolumen bei 67 T€ (VJ 419 T€) für die Planung für eine weitere Freiflächenanlage auf der ehemaligen Deponie in Renningen-Malmsheim und den Bau der PV-Anlage auf dem Dach der Straßenmeisterei in Magstadt. Die Ertragslage 2025 ist geprägt durch 516 T€ (VJ 464 T€) an Erlösen aus den Einspeisevergütungen der verschiedenen Photovoltaikanlagen und 12 T€ an sonst. betriebl. Erträgen aus dem Abgang von Anlagevermögen und Auflösung von Rückstellungen.

Den Erträgen stehen insgesamt 515 T€ (VJ 477 T€) an Aufwendungen gegenüber, davon u.a. 15 T€ (VJ 12 T€) Bezugskosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, 46 T€ (VJ 44 T€) Wartungs- und Materialkosten, 242 T€ (VJ 226 T€) Abschreibungen, 154 T€ (VJ 132 T€) sonstige betriebliche Aufwendungen, 7 T€ (VJ 7 T€) Personalkosten und 46 T€ (VJ 54 T€) Zinsaufwendungen. Nach Berücksichtigung der Ertragsteuern von 5 T€ (VJ (-)0,3 T€) und der sonstigen Steuern von 0 T€ (VJ 1 T€) ergibt sich ein positives Jahresergebnis in Höhe von 13 T€ (VJ negativ 11 T€), das zunächst in das kommende Geschäftsjahr übertragen wird.

In 2025 wurde kein Kassenkredit benötigt. Die weitere Finanzierung der Photovoltaikanlagen erfolgte durch einen längerfristigen Kredit bei der Kreissparkasse Böblingen (ursprünglicher Betrag 1,4 Mio. €)

und ein weiteres Darlehen des AWB (Ursprungsbetrag 2,4 Mio. €). Zum Bilanzstichtag beträgt die Verbindlichkeit aus den Krediten 1.341 T€ (VJ 1.538 T€). Das Bankguthaben beträgt zum Jahresende 479 T€ (VJ 472 T€) auf dem Girokonto. Durch die Möglichkeit der Aufnahme von Kassenkrediten beim Alleingesellschafter Landkreis Böblingen bleibt die Zahlungsfähigkeit der GmbH jederzeit gesichert.

Der Jahresüberschuss 2025 in Höhe von 13 T€ erhöht den Gewinnvortrag. Danach verfügt die GmbH über einen Eigenkapitalbestand von rund 1.085 T€. Dieser sichert auch zukünftig die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Plan-/Ist - Vergleich

Im Wirtschaftsplan 2025 wurde mit einem Jahresfehlbetrag von 2 T€ gerechnet, tatsächlich ergab sich ein Jahresüberschuss von 13 T€. Der Planwert wurde bei den Umsatzerlösen nicht erreicht, da die Sonnenausbeute geringer als erwartet war. Hinzu kamen höhere sonstige Aufwendungen, u.a. durch die Nachzahlung der Beweidungskosten für 2024. Die Abschreibungen fielen etwas geringer aus als geplant, da nicht alle geplanten Investitionen realisiert werden konnten.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus auf dem Jahresergebnis.

Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Chancen und Risikobericht

Marktrisiken

Unkalkulierbare Risiken können auch von außen in den Markt getragen werden. Hierzu würde insbesondere eine plötzliche Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zählen. Die Geschäftsführung der Naturstrom Landkreis Böblingen GmbH ist der Ansicht, dass die betriebenen Anlagen bei den aktuellen Vergütungen und unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterhin wirtschaftlich betrieben werden können. Aufgrund gegenwärtiger Gesetzgebungsverfahren ist eine Abschätzung für zukünftige Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich (siehe Kapitel „Chancen“).

Ertragsorientierte Risiken

Eine Verminderung bei den Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), zum Beispiel zu Zeiten mit negativen Strombörsenpreisen oder im Fall von Anlagenabschaltungen aufgrund einer Überproduktion, könnte zu einer Verminderung der Umsatzerlöse führen.

Der Ausfall einzelner Anlagen hätte Ertragseinbußen zur Folge. Durch eine kontinuierliche Anlagenüberwachung über das Internet wird versucht, das Ausfallrisiko insbesondere bei den größeren Anlagen weiter zu minimieren. Die Höhe der Erträge ist naturgemäß aber von der Sonnenscheindauer abhängig und daher jährlichen Schwankungen unterlegen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalstruktur unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. So musste man die für 2025 geplante Kreditermächtigung noch nicht ausschöpfen.

Chancen

Mit dem Bau von weiteren Photovoltaikanlagen ließen sich zusätzliche Erträge generieren. Auch durch Weiterentwicklung des Geschäftsmodells bestehen wesentliche Chancen für das Unternehmen. So hat die Gesellschaft 2023 eine Kooperationsvereinbarung mit der Stadtwerke Sindelfingen GmbH geschlossen mit dem Ziel, die technischen, wirtschaftlichen, organisatorischen und juristischen Voraussetzungen der Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich des Sindelfinger Waldes zu prüfen und die Entwicklung von Projektentwicklungs- und Projektgesellschaften sowie ggf. einer Infrastrukturgesellschaft für diese Windenergieanlagen vorzubereiten. Außerdem wurde eine PV-Anlage auf dem Dach der neuen Straßenmeisterei des Landratsamtes Böblingen in Magstadt errichtet, die 2025 ans Netz gegangen ist. Die Realisierung einer Freiflächen-PV-Anlage auf der ehemaligen Deponie in Renningen-Malmsheim wird vorbereitet, ebenso wird eine mögliche Erweiterung der Freiflächen-PV-Anlage auf der Kreismülldeponie Böblingen bzw. die Ertüchtigung der alten Module geprüft. Es wurden grundsätzliche Überlegungen bezüglich der Realisierbarkeit einer weiteren Freiflächenanlage auf Grundstücken, die sich z.T. im Eigentum des Abfallwirtschaftsbetriebs befinden, 2025 und zu Beginn 2026 angestellt. Diese lassen den vorläufigen Schluss zu, dass ein wirtschaftlich sicherer Betrieb aufgrund der zum Zeitpunkt der Erstellung gesetzlich geregelten Vergütungssituation für Vollspeise-Anlagen und einer unsicheren weiteren gesetzlichen Entwicklung vermutlich nicht garantiert werden kann. Dies ergibt sich zum einen durch höhere Planungs- und Investitionskosten bei einer Freiflächenanlage und eine unsichere Marktsituation im Bereich der PV-Branche (z. B. Komponentenpreise, Verfügbarkeit von qualifizierten Unternehmen, usw.) und zum anderen durch nicht auskömmliche Vergütungssätze nach dem derzeit gültigem EEG. Die finanziellen Erträge einer Freiflächen-Photovoltaikanlage ließen sich durch den Bau und Betrieb eines Batteriespeichers möglicherweise erhöhen. Gleichzeitig fielen zusätzliche Kosten für die Planung und den Bau des Speichers an. Zudem müsste der Betrieb voraussichtlich durch einen externen Dienstleister erfolgen, was mit zusätzlichen finanziellen Aufwendungen verbunden ist.

Aufgrund der vorgenannten Punkte werden zunächst die weiteren Entwicklungen in der Gesetzgebung abgewartet und die Situation anschließend neu bewertet.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Die Gesellschaft finanziert sich unter anderem über ein Darlehen bei einem Kreditinstitut. Der für dieses Darlehen variabel vereinbarte Zinssatz wurde gegen Marktzinserhöhungen über einen gleichzeitig abgeschlossenen Zinssatz-Swap mit Festzinsvereinbarung für die gesamte Laufzeit gesichert. Die variablen Darlehenszinsen bilden mit dem Zinssatz-Swap eine Bewertungseinheit. Aus diesem Grunde erfolgt für das zu Sicherungszwecken eingesetzte Derivat keine Einzelbewertung.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Rückschau und Ausblick

Der teilweise eingeschränkte Betrieb von zwei Anlagen sorgte für geringere Umsatzerlöse als geplant. Die gleichzeitig gegenüber der Planung nicht ganz so hoch ausgefallenen Abschreibungen und nicht benötigte Zinszahlungen konnten dies aber annähernd ausgleichen. Durch die zusätzliche PV-Anlage in Magstadt konnten die Umsatzerlöse insgesamt dennoch gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Bei den Bestandsanlagen ist zukünftig weiterhin auf Basis der Direktvermarktung von einem Überschuss auszugehen. Eventuelle Gutachterkosten für die Untersuchung von Standorten für Windenergieanlagen oder neue Photovoltaikprojekte können aus heutiger Sicht über das vorhandene Eigenkapital finanziert werden.

Bei den Photovoltaikanlagen konnten 2025 insgesamt 3.018 MWh Strom (prognostiziert waren rund 2.663 MWh) eingespeist werden. Die positive Abweichung von der Prognose resultiert vor allem aus dem höheren Ertrag bei den Freiflächenanlagen Böblingen und Sindelfingen und dem Zuwachs mit der Magstadter Anlage.

Bezüglich dem Einsatz des Personals vom Abfallwirtschaftsbetrieb wird von diesem eine Vertretung gewährleistet.

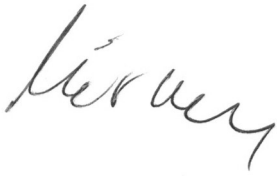
Seit März 2025 war die Photovoltaikanlage auf dem Dach der neuen Straßenmeisterei am Standort Magstadt vollständig in Betrieb. Die Anlage verfügt über eine geplante Nennleistung von etwa 479 kWp und kann laut Prognose eine jährliche Strommenge von etwa 441 MWh erzeugen. Der erzeugte Strom wird vollständig ins öffentliche Stromnetz eingespeist, die Vergütung erfolgt nach EEG bzw. Direktvermarktung.

Für die Realisierung einer Freiflächen-PV-Anlage in Malsheim laufen noch die Vorbereitungen für die Aufstellung eines Bebauungsplanes durch die Stadt Renningen. Nach dessen rechtskräftiger Aufstellung wird die Realisierung einer Photovoltaikanlage unter den vorliegenden Rahmenbedingungen (z. B. Einschränkungen in der Anlagengröße, Vergütungssituation, etc.) geprüft. Bei positiver Bewertung werden die Planungen und die anschließende Ausschreibung vorangetrieben. Ein konkreter Zeitplan liegt gegenwärtig noch nicht vor.

Durch die Kooperation der Naturstrom Landkreis Böblingen GmbH mit den Stadtwerken Sindelfingen werden Know-How und Kapazitäten gebündelt, um die Fragestellungen rund um die Windenergie im

Bereich Sindelfingen bzw. Leonberg mit den zuständigen Stellen zu erörtern. Hier erfolgten 2025 weitere Abstimmungen (z. B. DFS, RP Stuttgart, usw.). 2026 wurden weitere Überlegungen bspw. zu einer Beteiligung der Gesellschaft an Windenergieprojekten im Sindelfinger Wald angestellt.

Böblingen, 10.03.2026

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hörmann', written in a cursive style.

Wolfgang Hörmann
Geschäftsführer

